

Claas Relotius

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Kuba

vom 02. Februar bis 15. März 2013

Die Revolution des freien Marktes – Kubas sozialistische Wirtschaft im Umbruch

Von Claas Relotius

Kuba, vom 02. Februar bis 15. März 2013



Inhalt

1. Zur Person	583
2. Prolog	583
3. Aufbruch in eine bessere Zukunft oder wachsende Verarmung?	584
4. Status Quo – Die Regierung unter Handlungsdruck	587
4.1 Demographischer Wandel	587
4.2 Krise des Bildungssystems	588
4.3 Ohne Internet kein Entwicklungsmotor	591
4.4 Das Ende der Ära Chavez	593
4.5 Die Krise des Sozialstaats	594
5. Die neue Selbstständigkeit – und was die Menschen damit machen	597
5.1 „Roberto“ und die neuen Kleinunternehmer	598
5.2 Das unbestellte Land	603
5.3 Wachstum der Genossenschaften	606
6. Zwischen Goldgräberstimmung und Verzweiflung	608
6.1 Steuern im Sozialismus	609
6.2 Die Revolution verkauft ihre Kinder	611
7. Resümee	613
8. Zur Arbeit: Recherchieren in der Diktatur	616
9. Danksagung	617

1. Zur Person

Claas Relotius, geboren am 15. November 1985 in Hamburg, studierte Kultur- und Politikwissenschaft in Bremen und Valencia. Nach dem Bachelorstudium absolvierte er ein zweijähriges Masterstudium im Fachbereich Journalismus an der Hamburg-Media-School. Seit Abschluss seines Studium im Sommer 2011 arbeitet er als freier Autor mit dem Schwerpunkt Reportage- und Auslandsjournalismus für zahlreiche deutschsprachige und internationale Publikationen, wie zum Beispiel für das ZEITmagazin, die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, die Neue Zürcher Zeitung und den britischen Guardian. Seine Arbeiten wurden mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Österreichischen Zeitschriftenpreis und dem Medienpreis für Freischaffende.

2. Prolog

Keine zwölf Millionen Menschen leben auf Kuba – deutlich weniger als nur in der Innenstadt von Tokio. Dass die Karibikinsel dennoch Menschen aus aller Welt in ihren Bann zieht, ohne dass die meisten davon jemals dort gewesen wären, dürfte vor allem an den Mythen liegen, mit denen die Geschichtsschreibung des Landes seit jeher überfrachtet wird. Dabei duellieren sich in der Regel vor allem zwei konträre Deutungen. Einerseits ist da die gewaltsame Revolution, die sich 1959 praktisch über Nacht an die Macht putschte, sich von amerikanischem Kapital genauso wie von politischen Eliten „säuberte“ und unter Ausschaltung jedweder Opposition einen totalitären Polizeistaat errichtete, der seinen Bürgern bis heute viel Gleichheit, aber nur wenig Freiheit garantiert. Und andererseits ist da der brillante Staatsstreich, welcher eine korrupte Diktatur überwand, den Kolonialismus ausländischer Unternehmen sowie der Mafia abschüttelte, die Bürger mit kostenloser Medizin und Universitätsbildung versorgte und unter der bedingungslosen Betonung von Gleichheit die Errichtung eines sozialistischen Wohlfahrtsstaats ermöglichte, in dem auch die Ärmsten der Armen versorgt werden. Obwohl sich beide Deutungen fundamental widersprechen, tragen beide zur gleichen Zeit Wahrheit in sich. Wahrscheinlich ist dies, das Komplexe und Paradoxe, der Grund dafür, warum Kuba derart fesselt und warum dieses Land einem immer wieder Kopfzerbrechen bereiten kann.

„Wir alle sind Teile eines großen Experiments“, sagte mir eine 62-jährige Dame in den Straßen von Havanna, als ich im Frühjahr 2010 zum ersten Mal auf der Insel war. Im Laufe dieser Reise habe ich ein Land kennengelernt,

das vielleicht wie kein anderes auf der Welt zwischen Mythos und Realität, zwischen dem Festhalten an der Vergangenheit und der gleichzeitigen Hoffnung auf eine bessere Zukunft, gefangen ist. Viele Einheimische schimpften hinter vorgehaltener Hand auf die Regierung, weil sie die Bevölkerung verarmen ließ, und doch bezogen die meisten Kubaner, mit denen ich sprach, ihren ganzen Stolz aus der mittlerweile mehr als 50 Jahre andauernden Revolución und der Einzigartigkeit ihres Systems.

Hierzulande, in Deutschland und Europa, blendet man diesen Widerspruch und vor allem die Schattenseiten Kubas oft nur allzu gerne aus. Häufig bemühen Journalisten die alten Stereotypen, wenn über Kuba berichtet wird. Vom paradiesischen Urlaubsland mit Revolutionsromantik, von Ché Guevara, Rum, Zigarren und dem Kitsch des Buena Vista Social Clubs ist dann die Rede. Dass ein Großteil jener 11,4 Millionen Menschen, die auf der Karibikinsel leben, aber inzwischen mit bitterer Armut zu kämpfen hat, dass der Schwarzmarkt floriert und mehr noch die Prostitution von Kindern, darüber ist in deutschen Medien vergleichbar wenig zu lesen. Erstaunlich ist dies insofern besonders, als das Land heute vor dem größten Umbruch seit der Revolution im Jahre 1959 steht, als Fidel Castro und Ernesto "Ché" Guevara den Diktator Fulgencio Batista stürzten und ein sozialistisches System errichteten. Denn um dieses System zu erhalten und Kubas Wirtschaft vor dem Ruin zu bewahren, hat die Regierung um Präsident Raúl Castro im Jahr 2011 beschlossen, das sozialistische Modell aufzuweichen und erstmals seit Jahrzehnten in vielen Bereichen auf Privatwirtschaft zu setzen.

Was das Regime selbst als bloße „Aktualisierung des Sozialismus“ bezeichnet, ist freilich weit mehr als das. Tatsächlich geht es über alles hinaus, was die Diktatur in dieser Richtung bislang unternommen hat, denn sie endet mit einem 50 Jahre alten Diskurs. Ein Wandel, den viele Kubaner selbst als „zweite Revolution“ bezeichnen, ist im Gange. Grund genug, vor Ort den Umbruch dieses Landes zu verfolgen.

3. Aufbruch in eine bessere Zukunft oder wachsende Verarmung?

Kuba steckt gegenwärtig in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Drei schwere Hurrikans und die Weltwirtschaftskrise haben das Land ökonomisch an den Rand eines Abgrunds gebracht, vor dem es zuletzt stand, als die Sowjetunion zerfiel und der wichtigste Verbündete wegbrach. Nicht zuletzt aber haben auch 52 Jahre Planwirtschaft auf der Karibikinsel ihre Spuren hinterlassen: Sowohl der Dienstleistungssektor als auch die

Sektoren der Industrie und Landwirtschaft werden bisher weitgehend vom Staat gelenkt und kontrolliert. Da es somit nur sehr geringe Freiräume und Anreize für unternehmerische Initiativen gibt, nimmt die Produktivität der kubanischen Wirtschaft seit Jahren rapide ab. Das Wachstum ist in den vergangenen 20 Jahren auf weniger als die Hälfte des Wertes von 1991 gesunken.

Kubas Wirtschaft ist daher längst abhängig von anderen Staaten und muss heute nicht nur über 80 Prozent seines Lebensmittelbedarfs importieren, sondern auch den Großteil seiner Industriegüter aus dem Ausland einführen. Nahrungsmittel und andere importierte Produkte werden auf Kuba somit zu zunehmend höheren Preisen angeboten, während die kubanischen Bürger über immer weniger Geld verfügen. Weil bislang rund 84 Prozent aller Erwerbstätigen beim Staat beschäftigt sind, aufgrund der mangelnden Produktivität staatlicher Betriebe aber immer weniger Arbeitnehmer gebraucht werden, droht die Mehrheit der Kubaner zu verarmen. Lag das monatliche Durchschnittseinkommen auf der Insel im Jahr 2005 noch bei umgerechnet 20 Euro, entspricht der Lohn eines kubanischen Arbeiters heute nur noch rund 12 Euro. Da trotz subventionierter Preise für Wasser, Strom und Nahrung sowie trotz kostenloser Schulbildung oder medizinischer Behandlungen kaum jemand mit diesem Arbeitseinkommen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, sind die meisten Familien auf andere Einkommensquellen angewiesen. Während vor allem auf dem Schwarzmarkt der Handel mit Privatgütern blüht, nimmt auch die Prostitution eine immer wichtigere Rolle ein. Da hiervon meist sogar Kinder betroffen sind, für die in der Regel ausländische Touristen Geld bezahlen, beschreiben verschiedene Menschenrechtsorganisationen Kuba längst als "Bangkok der Karibik".

Um einen Weg aus der Krise zu finden und die Wirtschaft wieder anzukurbeln, verabschiedete der Kongress der Kubanischen Kommunistischen Partei am 18. April 2011 die von Präsident Raúl Castro vorgelegten Reformvorschläge zur "Aktualisierung des kommunistischen Modells". Mit dem Programm "Leitlinien für die Wirtschafts- und Sozialpolitik" soll Kubas Wirtschaft umgebaut und vor allem für private Initiativen geöffnet werden. Die erste bereits in Kraft getretene Maßnahme des Programms ist die Anerkennung des Besitzes von Privateigentum und die partielle Legalisierung des Handels mit Privatgütern. Kubanischen Staatsangehörigen ist es demnach fortan erlaubt, Privattimmobilien selbstständig zu kaufen oder zu verkaufen, was bisher, wenn überhaupt, nur unter strengen Auflagen möglich war. Ähnliches gilt für den Privathandel mit Kraftfahrzeugen, von dem sich der Staat gleichermaßen unternehmerische Aktivitäten seiner Bürger und damit die Ankurbelung der Wirtschaftsleistung erhofft.

Die mit Abstand wichtigste und weitreichendste Reform aber ist eine andere: Bereits im Sommer 2010 verabschiedete die Regierung eine Verordnung, der zufolge bis 2014 mehr als eine Million Angestellte aus dem unproduktiven staatlichen Sektor entlassen werden sollen, um den unwirtschaftlichen Staatsapparat zu entlasten. Betroffen von der Entlassungswelle ist jeder zehnte Kubaner, darunter Handwerker, Zimmermänner, Elektriker, Mechaniker, Friseur, Programmierer, Fahrlehrer, Blumenverkäufer, Schuhputzer und viele andere. Es gibt eine offizielle Liste mit insgesamt 178 Berufen, welche die Regierung offenbar für so entbehrlich hält, dass sie auf deren Verstaatlichung verzichtet, und von denen sie sich zugleich eine signifikante Produktivitätssteigerung durch privatwirtschaftliche Anreize erhofft. Denn mit der Lizenz, Geschäften auf eigene Rechnung nachzugehen, sollen die Entlassenen in Zukunft als Selbstständige ein Auskommen finden.

Was zunächst nach mehr Freiheit für den einzelnen Bürger klingt und was sich viele Kubaner insgeheim schon lange gewünscht haben, könnte die wirtschaftliche Situation vieler jedoch schon bald dramatisch verschärfen, sollten die Reformen nicht wie geplant funktionieren. Denn offen ist zum einen, wie über eine Million Kubaner in einem privatwirtschaftlichen Sektor Geld verdienen soll, der länger als 50 Jahre verboten und praktisch nicht existent gewesen ist. Und zum anderen stellt sich die Frage, inwieweit die Umwandlung von Kleinbetrieben in Privatunternehmen die Abgabelasten der Kleinunternehmer rapide erhöhen und damit zu wachsender Verarmung beitragen wird. So müssen private Unternehmer dem Gesetz zufolge ab sofort Steuern zahlen sowie ein Viertel ihres Lohnes für die staatliche Rentenversicherung abgeben, in welcher bislang alle Bürger kostenlos versichert waren.

Droht die Armut vieler Kubaner durch die angestoßenen und zweifelsohne notwendigen Reformen also nicht zu enden, sondern sich vielmehr dramatisch zu verschärfen? Durch die von der Heinz-Kühn-Stiftung ermöglichte Recherchereise habe ich versucht, in Erfahrung zu bringen, wie sich die aktuellen Wirtschaftsreformen im Großen wie im Kleinen auf das Alltagsleben der Kubaner auswirken – inwieweit sie einerseits tatsächlich dazu beitragen, gesellschaftlichen Wohlstand zu fördern, aber auch, in welchem Maße sie die soziale und wirtschaftliche Not einiger Bürger unter Umständen nur noch vergrößern.

Welche Chancen bieten sich einem Schuhverkäufer oder dem Betreiber eines Friseursalons in Havanna durch die Legalisierung privatwirtschaftlicher Geschäfte? Über welche neuen Unternehmensmöglichkeiten verfügen

Bauern in den ländlichen Provinzen, wenn Ackerland selbstständig bewirtschaftet werden kann und ein Teil der produzierten Nahrungsmittel nicht mehr der Verteilung des Staates unterliegt, sondern sich gewinnbringend verkaufen lässt? Wie schaffen es einfache Arbeitnehmer von einem Tag auf den anderen auf eigenen Beinen zu stehen, höhere Abgaben zu leisten und im Gegenzug nicht mehr vom Staat subventioniert zu werden? Wie finden aus dem Staatsdienst entlassene Angestellte Arbeit in einem privatwirtschaftlichen Sektor, den es bislang offiziell gar nicht gibt? Oder führt die entstehende Privatwirtschaft tatsächlich zu jener gesamtgesellschaftlichen Produktivität, welche die Wirtschaft wieder ankurbelt und den Kubanern mehr Wohlstand verspricht?

Um diese Fragen zu beantworten, habe ich vor Ort Interviews mit einer Reihe von Ökonomen, Sozialforschern sowie Mitarbeitern von staatsfernen Hilfsorganisationen geführt. Vor allem aber habe ich versucht, in Havanna sowie auch in den ländlichen Regionen Kubas mit den einfachen Menschen in Kontakt zu treten und durch Gespräche etwas über ihre Situation zu erfahren, da es schlussendlich diese Menschen sind, die am stärksten vom Gelingen oder Scheitern der Reformen betroffen sein werden. Der vorliegende Bericht setzt sich somit einerseits aus den im Zuge der Recherche zusammengetragenen Fakten und Informationen sowie andererseits aus persönlichen Eindrücken, Beobachtungen und auch Begegnungen zusammen, die ihrerseits gleichzeitig eine Momentaufnahme eines Landes darstellen, welches gerade dabei ist, sich einmal mehr neu zu erfinden.

4. Status Quo – Die Regierung unter Handlungsdruck

4.1 Demographischer Wandel

Auf Kuba leben derzeit gut 11,4 Millionen Menschen, rund 76 Prozent davon in städtischen Gebieten und etwa zwei Millionen in der Hauptstadt Havanna. Seit der Revolution Ende der fünfziger Jahre wuchs die Zahl der Bewohner auf der Insel im Schnitt um etwa eine Million pro Jahrzehnt. Als Ursache für das rasante Wachstum gilt vor allem die gestiegene Lebenserwartung, die durch das umfangreiche medizinische Versorgungs- und Gesundheitssystem ermöglicht wurde, das Fidel Castros Regierung bereits in den sechziger Jahren etablierte und welches bis heute jedem Kubaner kostenlos zur Verfügung steht. Durch den im Laufe der Zeit zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Bildungsgrad und dem damit einhergehenden Rückgang der Geburtenrate wurde das Wachstum im letzten Jahrzehnt jedoch

massiv ausgebremst. Wie ich am kubanischen Institut für Sozialforschung erfahre, besteht eine durchschnittliche kubanische Familie heute nicht mehr aus 4,5 Kindern (wie noch im Jahr 1995), sondern aus gerade mal 1,4 Kindern, was in etwa dem Geburtenchnitt in Deutschland entspricht und somit in absehbarer Zeit zu ähnlichen demografischen Entwicklungen in Form einer überalterten Gesellschaft führen wird. Heute sind gut 20 Prozent aller Kubaner über 60 Jahre alt. Da diese Zahl bis 2020 offiziellen Schätzungen zufolge auf über 30 Prozent ansteigen dürfte, kommen in Zukunft zunehmend höhere Haushaltsbelastungen auf die Regierung zu, wenn es darum geht, medizinische Versorgung, kostenlosen Wohnraum, Renten und weitere Dienste für alte Menschen zur gewährleisten. Der immer kleiner werdende Teil der arbeitenden Bevölkerung muss demnach um ein Vielfaches produktiver werden, als es bisher der Fall ist, um die steigenden Staatskosten für Sozialabgaben zu erwirtschaften. Dieser Ansicht ist auch Omar Villanueva, Ökonom und Direktor des Forschungsinstituts zur kubanischen Wirtschaft, den ich während meines Rechercheaufenthaltes gleich mehrfach an der Universität von Havanna treffe. Er weist in Anbetracht des sich abzeichnenden demografischen Wandels zugleich auf die zeitliche Dringlichkeit der notwendigen Wirtschaftsreformen hin und sagt: „Wenn wir die Reformen nicht sofort auf den Weg bringen, wird es irgendwann nicht mehr genügend junge Leute geben, die sie auch umsetzen können.“

4.2 Krise des Bildungssystems

Die Voraussetzungen für eine prosperierende Wirtschaft seien laut Villanueva eigentlich durchaus gegeben, da Kuba trotz diverser Handelsembargos nicht nur über weitreichende Bodenschätze, sondern auch über „hervorragend ausgebildete Arbeiter und Akademiker“ verfüge. Was sich zunächst anhören mag wie typische Regierungspropaganda, ist in Wahrheit alles andere als falsch: Denn tatsächlich steht Kuba im Bereich Bildung noch immer erstaunlich gut da. Gut 60 Jahre „Castroismo“, wie die Menschen auf der Insel jenes Staatssystem nennen, das seinen Bürgern nicht nur das Recht auf Schulbildung garantiert, sondern auch kostenlosen Hochschulzugang ermöglicht, haben zweifelsohne ihre Spuren hinterlassen. Dem Bildungswesen galt – neben dem Gesundheitswesen – schon immer die besondere Aufmerksamkeit der kubanischen Revolution. Männern wie Frauen steht der Zugang zu Bildungseinrichtungen sämtlicher Berufe seit jeher offen – und zwar ohne Einschränkungen hinsichtlich des Geschlechts, der Rasse, der Religion, der sozialen Zugehörigkeit oder der körperlichen Behinderung. So ist heute auf Kuba beispielsweise der Frauenanteil an Universitäten

doppelt so hoch wie in jedem anderen lateinamerikanischen Land. Ebenso schneiden kubanische Studenten in elementaren Fächern wie Mathematik und Sprache deutlich besser ab als ihre Kommilitonen in Lateinamerika. Eine Leistung, die international sogar von einem vermeintlichen Regimegegner wie der Harvard Graduate School of Education anerkannt wird.

Die Weichen für die gute Ausbildung werden schon im Grundschulalter gestellt. Die Einschulungsquote auf Kuba liegt seit gut zehn Jahren bei 100 Prozent. Wer am späten Nachmittag durch die Straßen Havannas läuft, der sieht heute an jeder dritten Ecke in kurze Hosen, weiße Hemden und rote Halstücher gekleidete Jungen und Mädchen, die sich nach meist achtstündigem Schulunterricht auf den Heimweg machen. Auf Kuba besteht eine allgemeine Schulpflicht bis zur 9. Klasse, wobei auch Kinder und Jugendliche in den entlegensten Regionen des Landes betreut werden und es vielfältige Formen von Sonderschulen gibt, an denen Heranwachsende individuelle Unterstützung und Orientierung erhalten. Welche Bedeutung das Thema Bildung in der kubanischen Gesellschaft einnimmt, zeigt sich einem Ausländer weiterhin auch dann, wenn man auf dem Hotelzimmer den Fernseher einschaltet. Neben Nachrichten und parteipolitischer Propaganda nehmen hier den mit Abstand größten Teil unterschiedlichste Bildungssendungen ein. Alle kubanischen TV-Sender werden vom Staat speziell dafür bezahlt, dass sie auf diese Weise Jugendlichen und Erwachsenen, Bildung vermitteln, ihren Bildungsstand erhöhen und sie auf einen Beruf vorbereiten. 2005 hat die Regierung zudem zwei neue Fernsehkanäle ins Leben gerufen, die ausschließlich für Bildungszwecke bestimmt sind.

Dieses umfangreiche und niemanden ausschließende Bildungssystem, der Castroismo, trägt schon lange Früchte. Nach offiziellen Angaben der UNESCO beträgt die Alphabetisierungsquote bei 15-jährigen Kubanern 98 Prozent. In Bildungsvergleichen, die dem PISA-Test ähneln, schneiden kubanische Schüler seit mittlerweile zwei Jahrzehnten deutlich besser ab als Schüler aller anderen Länder Lateinamerikas. Dem UNESCO-Education for All Development Index zufolge gehört Kuba im Bildungsbereich neben Kanada, Finnland und Südkorea heute sogar zu den am höchsten entwickelten Ländern der Welt. Das ist durchaus erstaunlich, wenn man die Wirtschaftskraft, die Infrastruktur und den allgemeinen Entwicklungsgrad Kubas mit denen jener anderen drei Nationen vergleicht. So ist Kuba heute das einzige Land auf der Welt, welches gemessen an seiner Wirtschaftskraft einem Entwicklungsland entspricht, zugleich aber über prozentual ähnlich viele gut ausgebildete Akademiker verfügt wie führende Industrienationen. Villanueva spricht es beim Interview nicht explizit aus – wahrscheinlich darf er es

nicht, schließlich muss noch heute jeder Kubaner seine Worte sehr bewusst abwägen, wenn er über die Regierung spricht – doch dieser offensichtliche Widerspruch dürfte ebenfalls als Beleg dafür zu werten sein, wie unproduktiv die kubanische Wirtschaft bis heute organisiert ist und wie ineffizient die vorhandenen „Ressourcen“ genutzt werden.

Ein ganz aktuelles Problem des kubanischen Bildungssystems ist zudem der akute Lehrermangel, der erst vor ein paar Jahren eingesetzt hat. Villanueva gibt zu, dass zum Schulbeginn im August letzten Jahres landesweit über 8.000 Lehrer fehlten. Die Ursache dafür ist schnell erklärt: Obwohl das kubanische Bildungssystem noch immer als wichtige Legitimationsressource für die Regierung dient, werden Lehrer vergleichsweise unterdurchschnittlich bezahlt. Rund 500 Pesos, das sind umgerechnet gerade mal 16 Euro, beträgt das Monatsgehalt eines studierten Pädagogen in Havanna. Für ein würdevolles Leben wäre aber ein Einkommen von mindestens 800 bis 1.000 Pesos nötig, wie es auch andere Akademiker erhalten. Eine vierköpfige Familie benötige monatlich rund 1.600 Pesos, um über die Runden zu kommen, sagt der Sozialökonom Villanueva. „Die Arbeit als Lehrer rechnet sich also kaum noch, weshalb leider immer mehr Pädagogen in andere Berufe wechseln, wo sie mehr verdienen können.“

An der Grundschule Angélica de los flores in Havanna Vedado, dem alten Stadtzentrum Havannas, sind die daraus resultierenden Folgen kaum zu übersehen. Insgesamt 206 Kinder werden dort in nur vier Klassen unterrichtet. Vor ein paar Jahren noch habe es doppelt so viele Klassen gegeben und auf einen Lehrer seien nur 20 Schüler gekommen, erzählt Manuel Baredo, 42, der einer der wenigen Lehrkräfte ist, die geblieben sind. „Seitdem viele Pädagogen ihr Glück in anderen Berufen suchen, steht die Schule vor dem Problem, wie man die Kinder in völlig überfüllten Klassen angemessen unterrichten soll.“ Baredo sagt, dass er seinen Beruf liebe und sich nie etwas Erfüllenderes habe vorstellen können, als Lehrer zu sein. Und doch habe auch er inzwischen mit dem Gedanken gespielt, auszusteigen und als Kellner in der nahegelegenen Touristen-Bar seines Schwagers zu arbeiten, „wo an manchen Tagen doppelt so viel Geld zu machen“ sei. Als Lehrer arbeite man meist acht Stunden am Tag. Da habe man kaum eine Chance, noch einen Job nebenbei anzunehmen, um genug Geld zum Leben zu verdienen. Dies sei der Hauptgrund, weshalb viele Lehrer mit wehenden Fahnen die Klassenzimmer und Aulas verließen.

Tatsächlich liegen die Gehälter in der Tourismusbranche, Kubas einzig beständig boomendem Wirtschaftssektor, deutlich über dem Verdienst eines

Lehrers. Baredos Frau Laura war zwei Jahrzehnte an derselben Grundschule wie ihr Mann tätig, aber im Gegensatz zu ihm hat sie längst den Dienst an der Tafel quittiert und den Schritt in die Gastronomie gewagt. Ihre Entscheidung bereut sie bis heute nicht. Sie ist der Meinung, das kubanische Bildungssystem gelte zwar als vorbildlich, befinde sich aber in Wahrheit schon seit Jahren in der Krise – und es sei nur eine Frage der Zeit, bis dies auch durch schwächere Leistungen der Schüler und Schülerinnen offenkundig werde. Beim Gespräch in einer Bar unweit ihrer alten Schule redet sich Laura Baredo förmlich in Rage. Ihre Wut und Unzufriedenheit über die schlechte Bezahlung von hervorragend ausgebildeten Pädagogen scheint so groß zu sein, dass sie das eine und andere Mal sogar vergisst, die Stimme zu senken, während sie öffentlich über die Regierung schimpft. „Ein Lehrer zu sein ist in Kuba heute einfach nichts mehr wert“, sagt die 40-jährige. „Früher wurden wir respektiert, sowohl von der Regierung als auch von den Menschen, aber heute ist das überhaupt nicht mehr der Fall. Von dem Gehalt, das Lehrer bekommen, kann keiner leben.“

Doch die kubanische Regierung verfügt offenkundig nicht mehr über die Mittel, um landesweit die Einkommen für Lehrer zu erhöhen und neue Anreize zu schaffen, in den Beruf zu wechseln. Stattdessen hat sie bereits alternative Initiativen gestartet, um den akuten Lehrermangel zumindest provisorisch aufzufangen: An der Grundschule Carlos Almendares in Havannas Stadtteil Guanabacoa und zahlreichen weiteren Grundschulen des Landes unterrichten neuerdings Maestros emergentes, sogenannte Notstandslehrer, die mit 17 oder 18 Jahren eigentlich noch selbst im Schulalter sind, jedoch parallel in mehrmonatigen Crashkursen auf den Job vor der Klasse vorbereitet werden, den sie nach ihrem Abschluss antreten sollen. Man muss jedoch kein Bildungsforscher sein, um zu erahnen, dass das hohe Bildungsniveau Kubas auf diese Weise kaum dauerhaft zu halten sein wird.

4.3 Ohne Internet kein Entwicklungsmotor

Zudem leidet das kubanische Bildungssystem nicht nur an personellem, sondern auch an materiellem Mangel. Schulen wie die Angelica de los flores oder Carlos Almendares verfügen über geräumige Klassenzimmer und einige Computer, an denen die Kinder und Jugendlichen im kubanischen Intranet surfen können. Doch das sind Ausnahmen. An den meisten kubanischen Schulen ist an elektronische Unterrichtsmittel, geschweige denn die Nutzung des landesweiten Intranets, gar nicht zu denken. Zum globalen Internet, das heute sogar in Ländern der Dritten Welt eine bedeutende In-

formations- und Bildungsquelle darstellt und vielfach als wichtigster Entwicklungsmotor dient, haben 95 Prozent aller Kubaner ebenfalls überhaupt keinen Zugang.

Schon als ausländischer Journalist ist es alles andere als einfach, von Kuba aus E-Mails zu empfangen oder zu verschicken. In Havanna gibt es nur drei Möglichkeiten, öffentlich das Internet zu nutzen, und zwar in den Lobbys zweier Luxushotels sowie in einem marmornen Hinterzimmer des Capitolio, dem kubanischen Regierungsgebäude. Doch das Surfen ist mühsam und teuer. Das kubanische Internet ist so langsam, dass sich innerhalb von 30 Minuten mit etwas Glück gerade mal drei Web-Seiten öffnen lassen. Der Preis dafür: Umgerechnet fünf Euro. Ein halbes Monatsgehalt für viele Kubaner, doch ganz unabhängig davon haben diese mit der Nationalwährung des Peso Cubano, dem CUP, auch Moneda Nacional genannt, ohnehin keine Möglichkeit, sich den Zugang zum Internet zu erkaufen. Zur Devisenbeschaffung sowie zur Kontrolle der eigenen Bevölkerung hat Kuba ein doppeltes Währungssystem. Es gibt den kubanischen Peso, mit dem der Staat den größten Teil der Gehälter zahlt und mit dem auch die sozialistischen Betriebe gezwungen sind zu arbeiten. Und es gibt den Peso Convertible, den CUC, mit dem sogenannte Luxusgüter gekauft werden können und welcher in der Regel nur Touristen zur Verfügung steht. Der CUC, von Einheimischen auch *chavito* genannt, ist an den Dollar gekoppelt, hat den 24-fachen Wert des Peso Cubano und entspricht etwa 0,71 Euro. Da Kubaner nur mit diesem CUC in der Tasche in einem Restaurant zu Abend essen, in einem Ladengeschäft die soeben legalisierten DVD-Player kaufen oder eben im Internet surfen können, ist die Touristenwährung so begehrt und beispielsweise der Beruf eines Kellners in Touristenbars so attraktiv.

Die kubanische Regierung scheint sich durchaus bewusst darüber zu sein, welche Möglichkeiten das Internet bieten könnte und wie wichtig dessen Einrichtung wäre, um gerade im Bereich der Bildung mit anderen Nationen Schritt zu halten. Staatschef Raúl Castro kündigt seit Jahren immer wieder „das Ende der technologischen Blockade“ an, welches durch ein daumendickes Glasfaserkabel aus dem befreundeten Venezuela erreicht werden sollte. Bisher hat Kuba für Internet-Verbindungen ausschließlich Satelliten genutzt – ein teures und nicht gerade durchsetzungsstarkes Übertragungsverfahren. Das mit Venezuela ausgehandelte Kabel sollte eigentlich schon längst Abhilfe schaffen und bereits im Jahr 2009 einen zuverlässigen und angeblich bis zu dreitausend Mal schnelleren High-Speed-Zugang ermöglichen.

Doch was seit Jahren von beiden Staaten stetig angekündigt wird, konnte

scheinbar bis heute nicht abschließend umgesetzt werden – aufgrund technischer Komplikationen, wie es von kubanischer Seite immer wieder heißt. Ob dies der wahre Grund ist, ist schwer zu beurteilen. Kritiker des kubanischen Regimes legen jedenfalls nachhaltig den Verdacht nahe, Raúl Castro wolle den Kubanern gar keinen flächendeckenden Zugang zum Netz zur Verfügung stellen – und zwar aus Angst vor der freien Informationsbeschaffung und dem Zusammenschluss in sozialen Netzwerken, welche während des Arabischen Frühlings im Frühjahr 2011 bereits einige Diktaturen im Nahen Osten zu Fall gebracht hätten.

4.4 Das Ende der Ära Chavez

Mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez ist Anfang März der international womöglich wichtigste Partner und Freund der Regierung Castro gestorben. Wie wichtig Chavez für Kuba war, ließ sich schon an den täglichen Nachrichtenmeldungen und Sondersendungen über dessen Gesundheitszustand erkennen, welche das kubanische Fernsehen und damit auch das Gespräch auf der Straße schon Wochen zuvor dominierten. Auch deshalb, weil Chavez' Tod die gesamte kubanische Wirtschaft in weitere Bedrängnis bringen könnte. Der Venezolaner, inoffizieller Anführer der Linken in ganz Lateinamerika, galt als großer Bewunderer Fidel Castros und pflegte eine Beziehung zur kubanischen Regierung, die in den letzten zehn Jahren immer enger wurde – so eng, dass Kuba längst abhängig ist von der vielfältigen Wirtschaftshilfe aus Caracas.

Der bedeutendste Unterstützungsfaktor ist dabei das Öl. Bisher erhält Kuba jeden Tag 100.000 Barrel subventioniertes und daher kostengünstiges Erdöl aus Venezuela, nicht weniger als zwei Drittel des kubanischen Gesamtbedarfs. Im Gegenzug schickt die Regierung Castro regelmäßig Tausende Akademiker, darunter vor allem Ärzte, aufs venezolanische Festland und kassiert dafür jährlich noch mal umgerechnet 4,5 Millionen Euro. Ein Arrangement, mit dem sich das Land lange über Wasser halten konnte, ohne wirtschaftliche Reformen anzustoßen. Dass diese Rechnung zuungunsten Venezuelas nicht ganz aufgeht und vor allem dem Wohlwollen Hugo Chavez' zu verdanken ist, einem schwächelnden Kuba unter die Arme zu greifen, das kann man aber eigentlich bereits als Laie erahnen. Bestätigt wird diese Vermutung auch von unabhängigen Beobachtern wie zum Beispiel verschiedenen Erdölfirmen, die die Regierung Castro ins Land gelassen hat, um Quellen vor der eigenen Küste zu erschließen. Oscar Charezo, der in Havanna die Untersuchungen des spanischen Konzerns REPSOL betreut,

ist der Meinung, dass die Abhängigkeit Kubas von Venezuela längst eine gefährliche Dimension angenommen habe. „Früher war es die Sowjetunion, heute ist das Venezuela unter Chavez an diese Stelle getreten. Die Erdöllieferungen von Caracas nach Trinidad sind wie eine Nabelschnur, die die kubanische Wirtschaft mit Sauerstoff versorgt.“ Sollte diese Nabelschnur allerdings eines Tages durchtrennt werden, dann könnten die Verhältnisse für Kuba schlimmer werden als in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – denn, so erklärt Charezo, „heute ist Kubas Wirtschaft in einem noch viel schlechteren Zustand als damals.“

Doch wie es nun, nach Chavez' Tod, mit der Partnerschaft zwischen Venezuela und Kuba weitergeht, das scheint derzeit ungewiss. Chavez' Nachfolger, der am 14. April 2013 gewählt wird, hat den Auftrag, die Leitlinien der bisherigen Politik weiterzuverfolgen, aber kann sich Kuba wirklich auf das Wort eines verstorbenen Staatschefs verlassen? Falls der Weltmarktpreis für Erdöl in Zukunft wie erwartet steigen sollte, dürfte wahrscheinlich auch ein venezolanischer Machthaber Abstriche beim bilateralen Handel mit Kuba machen. Nicht zuletzt ergibt sich eine weitere Unsicherheit auch daraus, dass Venezuela seit einigen Jahren mit ganz eigenen Problemen wie hoher Inflation, wachsender Kriminalität und einer zunehmend maroden Infrastruktur kämpft, welche für die Ölindustrie schon in der jüngeren Vergangenheit zu Lieferengpässen geführt hat.

4.5 Die Krise des Sozialstaats

Sie ist ein Stück Papier, unversiegelt, kaum größer als eine Postkarte und doch wären die meisten Kubaner ohne sie verloren – die *Libreta*. Am 12. März 1962 führte die kubanische Regierung ein landesweites Verteilungssystem für Grundnahrungsmittel ein. Dieses System regelt, in welcher Menge bestimmte Produkte jedem Kubaner monatlich zustehen, und soll somit eine ausreichende Versorgung aller Menschen gewährleisten. Die *Libreta*, auf der die Rationen stets von staatlichen Ausgabestellen vermerkt werden, ist dabei praktisch ein offizielles Ausweisdokument, auf das die große Mehrheit aller Kubaner beim Lebensmitteleinkauf angewiesen ist. Viele Einheimische nennen sie deshalb auch respektvoll „Fibel der Versorgung“.

Die meisten der über die *Libreta* bezogenen Produkte werden über lokale Geschäfte, sogenannte *Bodegas*, verteilt, die auf den Vertrieb dieser rationierten Waren spezialisiert sind. Für Fleisch, Geflügel oder Fisch sind dies entsprechende *Carnicerías*, also Fleischereien. Seit den achtziger Jah-

ren werden auch andere industrielle Produkte über die Libreta bezogen, zum Beispiel Tabakwaren, Glühlampen, Brennstoff in Form von Heizöl, Alkohol oder Kerosin sowie auch sonstiger Haushaltsbedarf. Die Produkte, für die das Libreta-System gilt, variieren je nach Alter und Geschlecht der Menschen, die sie beziehen. So erhalten zum Beispiel Kinder unter sieben Jahren einen Liter Milch pro Tag, genauso wie ältere, kranke oder schwangere Frauen. Auch Personen über 65 sind berechtigt, gesonderte Zuteilungen zu erhalten. Für Spezialkost muss in der Regel ein ärztliches Attest vorgelegt werden, das die Gesundheitsprobleme bestätigt und angibt, welche Produkte deswegen zwingend benötigt werden.

Was für Ausländer alles äußerst kompliziert klingt, gehört für jeden Kubaner längst zu Tradition und Alltag. Einen Eindruck davon bekomme ich an einem Samstagmorgen an einer Straßenecke der belebten Calle Anomas, wo rund 50 Menschen vor einem kleinen Holzhäuschen Schlange stehen, um sich ihre Rationen für die kommende Woche abzuholen. Gloria Aspando, 48, von Beruf Lehrerin, steht vor einem der Geschäfte und lässt sich mehrere Liter Milch in eine Plastikflasche füllen. Im Gegenzug reicht sie ein rechteckiges Heftchen über den Tresen: die Libreta. Darin ist alles aufgeführt, auf das sie und ihr Mann Roberto Anspruch haben: Das pappige Stück Brot, das sie täglich bei der Bäckerei eine Straße weiter holen, die sieben Pfund Reis, das gute Pfund Bohnen oder die knapp fünf Pfund Zucker, die jeder Kubanerin und jedem Kubaner pro Monat zustehen. Aus bauchigen Kunststofffässern schöpft der Bodeguero die Nahrungsmittel und legt sie auf die Waage. Sogar Kichererbsen - 290 Gramm - und Kaffee - 115 Gramm - hat er heute im Angebot, sodass sich der Gang für Gloria Aspando doppelt zu lohnen scheint.

„Seife und Zahnpasta haben wir heute nicht“, sagt der Bodeguero, „aber vielleicht sind sie das nächste Mal da.“ Vielleicht ja auch die Ration Gefrierhuhn von 1.090 Gramm und das Pfund Hack. Auf das haben die meisten Kubaner nämlich Monat für Monat ebenfalls Anspruch. Aspando reicht ein paar Pesos über die Theke, es ist nicht viel Geld, die Preise, die verlangt werden, sind eher symbolischer Natur. Dann verstaut sie die Waren in einem Rollwagen und macht sich auf den Rückweg zu ihrer Wohnung am Ende der Straße. „Die Libreta ist ein Stück Alltag, das uns schon unser ganzes Leben begleitet“, sagt Aspando. „Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht mit dem Büchlein vor die Tür gehen.“

Fünzig Jahre ist das Bezugsbüchlein mit dem offiziellen Titel Libreta de Abastecimiento nun im Einsatz. Eigentlich als Übergangsmaßnahme bis zur

erfolgreichen Umstellung der Wirtschaft gedacht, blieb die Fibel den Kubanern bis heute erhalten und ist zu einem der vielen Symbole der Revolution geworden. Sie scheint mittlerweile genauso zu Kuba zu gehören, wie es die verblichenen Bilder der bärtigen Revolutionäre an den Hauswänden Havannas tun oder die alten US-amerikanischen Straßenkreuzer, deren gewaltige Heckflossen die Straßen der Hauptstadt durchpflügen. Doch es ist ein kostspieliges System: Umgerechnet rund eine Milliarde US-Dollar lässt sich die kubanische Regierung dieses offiziellen Quellen zufolge jährlich kosten – längst zu viel für einen Staat, dessen marode Wirtschaft am Boden liegt. Oscar Villanueva, der Ökonom vom Forschungsinstitut zur kubanischen Wirtschaft, weiß um die Bedeutung der Libreta, fordert aber gleichzeitig eine Umstrukturierung des Versorgungsmodells: Das Gute an der Libreta sei, so sagt er, dass sie allen Kubanern mehr oder weniger das Gleiche garantiere, „unabhängig davon, wer sie sind oder was sie beruflich tun.“ Hierin bestehe aber gleichzeitig auch ein elementarer Mangel des Systems, da es zwischen denen, die etwas haben, und denen, die nichts haben, kaum unterscheide. Villanueva formuliert es so: „Zum jetzigen Zeitpunkt stellt die Libreta ein Gießkannenprinzip dar, mit dem wir leider zu viele Menschen versorgen, die die Unterstützungsleistungen eigentlich gar nicht brauchen. Das kann sich aber keine Regierung der Welt auf Dauer leisten.“ Der Ökonom, der lange in Europa gelebt hat und seit ein paar Jahren auch das kubanische Wirtschaftsministerium berät, fordert deshalb differenziertere Programme für arme Familien, Rentner und andere Menschen, die tatsächlich auf hoch subventionierte Lebensmittel angewiesen seien.

„Die große Herausforderung für die Zukunft des kubanischen Sozialsystems lautet: Punktuelle statt flächendeckende Förderung“, sagt Villanueva. An seinem Institut wird bereits seit 2010 über mögliche Alternativmodelle diskutiert, doch das verantwortliche Wirtschaftsministerium hat bislang keinen der Vorschläge wirksam umgesetzt. Auf dem Parteitag der kommunistischen Partei Kubas im April 2011 beschlossen die Delegierten im kubanischen Parlament lediglich einen graduellen Ausstieg aus der flächendeckenden Förderung durch die Libreta – allerdings ohne dabei einen konkreten Zeitplan festzulegen. Villanueva sieht dies sehr kritisch und bezeichnet das fahrlässige Festhalten am gegenwärtigen System als „tickende Zeitbombe“, die langfristig implodieren und der Regierung um die Ohren fliegen könne.

Wie auch die anderen genannten Punkte – angefangen beim demografischen Wandel, über das ins Straucheln geratene Bildungssystem, bis hin zum möglichen Verlust des wichtigsten internationalen Partners – stellt auch das starre und wenig ausdifferenzierte Sozialsystem nicht den alleini-

gen Hauptgrund für die tief greifende Wirtschaftskrise Kubas dar. Dennoch sind alle Punkte wichtige Faktoren, die den zeitlichen Handlungsdruck auf das Regime erhöhen und weitreichende, aber auch kurzfristig umgesetzte Reformen unabdingbar machen.

5. Die neue Selbstständigkeit – und was die Menschen damit machen

Wenn man hört, die Regierung setzt im Zuge der Reformen auf Privatwirtschaft, dann könnte man glauben, sie habe erkannt, dass die Zeit des orthodoxen Sozialismus vorbei ist und dass es für die wenigsten Menschen ein Anreiz sein kann, für umgerechnet 15 Euro im Monat zu schufteln, geschweige denn die Produktivität zu erhöhen. Jedoch betreffen die Reformen längst nicht alle Kubaner, sondern nur einen Teil von ihnen – und zwar jenen Teil der Staatsdiener, deren Arbeitskraft die Regierung scheinbar ohnehin für nutzlos oder zumindest entbehrlich hält. Bereits im August 2010 erklärte Präsident Raúl Castro, Kuba könne nicht länger das einzige Land der Welt sein, in dem der Staat Löhne an Angestellte zahle, „deren Arbeitsauslastung gegen Null“ gehe. Eine schöne Formulierung, da der Sozialismus ja keine Arbeitslosigkeit kennt. Und zugleich ein Appell, der mehr als deutlich macht, wo die Regierung den Reformhebel für den Aufschwung als Erstes ansetzen will – nämlich bei den einfachen Arbeitern, die bisher vom Staat bezahlt, aber aufgrund schlechter Auftragslage und mangelnder Nachfrage viel zu selten auch beschäftigt werden.

Dass bisher überhaupt knapp 90 Prozent aller Kubaner direkt dem Staat gedient haben, ist ein unmittelbares Erbe der Revolution. Um nach dem Umsturz 1959 den reaktionären und kapitalorientierten Kräften des Kleinbürgertums die Möglichkeit zu nehmen, als Konterrevolutionäre gegen die neue Regierung aufzubegehren, wurden kleinbürgerliche Besitzverhältnisse in der kubanischen Gesellschaft weitgehend abgeschafft und bis dahin selbstständige Kleinbetriebe wie Friseursalons, Autowerkstätten oder auch Restaurants verstaatlicht. Was zu diesem Zeitpunkt aus Sicht der Revolutionsführer um den damaligen Präsidenten Fidel Castro politisch Sinn machte, ist für den Staat jedoch schon lange zu einer enormen Last geworden, da die Regierung gerade in Zeiten der Krise Subventionen in sämtlichen Wirtschaftszweigen ausschütten muss.

Jetzt aber scheint das Regime zu dem Schluss gekommen zu sein, dass der kubanische Staat sich genau das nicht mehr leisten kann. Denn um die Wirtschaft durch private Geschäfte wieder ins Laufen zu bringen und gleichzei-

tig vor allem den aufgeblähten Staatshaushalt zu entlasten, wurden seit 2011 bis jetzt bereits 400.000 dieser Staatsdiener, darunter vor allem Handwerker, Bauarbeiter und Ingenieure, sukzessive aus dem Staatsdienst in die Privatwirtschaft entlassen und mit Lizenzen ausgestattet, die dazu berechtigen, Geschäften auf eigene Rechnung nachzugehen. Geplant ist, dass bis 2014 rund 700.000 weitere folgen, die sich dann ebenfalls auf dem „freien“ Markt eine Lebensgrundlage schaffen sollen. Ob sich dieses Vorhaben jedoch wirklich in die Tat umsetzen lassen wird, das halten viele Wirtschaftsexperten wie auch Oscar Villanueva für fraglich. Die Hauptunsicherheit dabei ist: Wie sollen so viele Menschen ein Auskommen in einer Privatwirtschaft finden, die es bis jetzt offiziell seit mehr als 50 Jahren gar nicht gegeben hat?

5.1 „Roberto“ und die neuen Kleinunternehmer

Kubaner klagen gern und das mittlerweile oft auch furchtlos auf der Straße. „No es facil“ – es ist nicht einfach – ist so ein Ausspruch, den man in Havanna am Tag sicher Dutzende Male hört. Der Alltag ist für die Mehrheit aller Kubaner ein endloser Kampf, gerade jetzt, da vielen von ihnen die sichere Lebensgrundlage entzogen wird. Doch Not macht bekanntlich erfinderisch. Wenn es also darum ging, zusätzlich zum staatlichen Lohn ein paar illegale Pesos zu verdienen, dann mangelte es den meisten Kubanern noch nie an Ideen, weshalb der Schwarzmarkt auf der Insel schon immer florierte. Dass nun aber mehrere Hunderttausend Kubaner auf einen Schlag ihr komplettes Auskommen auf diesem Markt bestreiten müssen, gleicht einer Zäsur und stellt den ganz offensichtlich Einzelnen vor neue Herausforderungen.

Wer erleben will, wie die Menschen versuchen, diese zu bewältigen und die neu „gewonnene“ Freiheit zu nutzen, der muss sich vom Zentrum Havannas aus auf den Weg in die Altstadt machen. Ein Weg, der zugleich viel über die Widersprüche verrät, zwischen denen sich ganz Kuba schon seit Langem bewegt. Er führt vorbei am Payret, dem größten Kino des Landes, wo auch am Wochenende politische Filme laufen, Klassiker wie Eisensteins Panzerkreuzer Potemkin oder Fassbinders Deutschland im Herbst, die meisten Besucher aber in Sherlock Holmes gehen, einem US-Blockbuster mit Jude Law in der Hauptrolle. Vorbei an der berühmten Tabakfabrik, in der einst die teuren Cohibas gedreht und später in alle Welt verkauft wurden und die mittlerweile längst stillgelegt und in ein Museum umfunktioniert wurde, in dem der Putz von den Wänden blättert. Vorbei an den fülligen alten Damen, die in Schaukelstühlen vor den Hauseingängen sitzen und mit kratzigen Stimmen ihre Lieder mehr schmettern als singen. Lieder, die vom

Leben im alten Havanna handeln, als der Staat noch für sie da war und der Stolz auf den Triumph der Revolution über jedwede Entbehrung des täglichen Lebens hinwegtrösten konnte. Und vorbei an den *venceritos*, den knochigen alten Herren, die man von den Postkarten-Motiven und den romantisch-verkitschten Bildern kennt, die Wim Wenders mit seinem Film über den Buena Vista Social Club einst in die Köpfe aller Europäer pflanzte. Wie auf der Leinwand und zugleich wie in einer endlosen Zeitschleife stehen sie noch immer mit gekrümmten Rücken und in viel zu großen Dinner-Jackets vor den Bars, zupfen an ihren Gitarren, spielen für eine Handvoll Touristen-Pesos *Son Son*, *Guantanamera* oder *La cuceracha* und nuckeln dazu genauso stilecht wie erkennbar müde an ihren Zigarren, dass man sich fragen muss, was eigentlich eher da war: Die *venceritos* oder die dazugehörigen Postkarten-Motive, mit denen die Insel im Ausland für sich wirbt?

Am Ende der beliebten und belebten Calle Neptuno schließlich sieht man sie, Hunderte junger und alter Kubaner, die noch vor gut einem Jahr einer geregelten Arbeit als Handwerker, Taxifahrer oder Elektriker nachgingen und heute auf dem Plaza Conquistador ihre Stände aufgebaut haben. *Trabajadores por Cuenta Propia*, Arbeiter auf eigene Rechnung, nennt man sie. Haushaltswaren, Kleider, Hüte, Bücher, Fernseher, DVD's, Schallplatten, Handys, Kugelschreiber, Sonnenbrillen und sogar Unterwäsche und Socken – am Plaza Conquistador wird so ziemlich alles verkauft, mit dem sich wenigstens ein paar Pesos machen lässt.

Einer der vielen Händler ist der 33-jährige Oscar, der in kurzen Hosen auf einem kleinen Hocker vor den Stellwänden sitzt, an denen er mehrere Dutzend Cover von CD's und DVD's aufgehängt hat, so dass sie jeder vorbeilaufende Tourist gut sehen kann. „Das ist zurzeit mein ganzes Angebot“, erzählt er, „aber ich arbeite daran, meinen Stand noch größer zu machen, damit ich noch mehr verkaufen kann.“ Im Moment lohnt sich das Geschäft für Oscar noch nicht. Es sei kein sicheres Geschäft, erklärt er. „Die Leute haben selbst wenig Geld. Musik und Filme kaufen sie natürlich erst dann, wenn sie schon das meiste für Gemüse, Fleisch und Reis ausgegeben haben. Auf's Essen können sie nicht verzichten, auf mein Angebot leider schon.“ Am Tag verkauft er bestenfalls vielleicht 10 CD's, das reicht bei Weitem nicht, um mit Frau und Kind über die Runden zu kommen, aber Oscar, der noch vor drei Monaten als Klempner gearbeitet hat und vom Staat bezahlt wurde, ist trotzdem optimistisch: „Man kann nicht erwarten, dass man hier gleich reich wird, dafür gibt es zu viele, die dieselbe Idee haben und dasselbe verkaufen. Die Konkurrenz ist riesig. Aber wenn ich mir mit dem Stand erst mal einen Namen gemacht habe, dann wird es schon besser laufen.“ Wochenen-

den und freie Zeit gibt es für Oscar nicht mehr, seitdem er als Straßenverkäufer selbstständig ist. Jeden Tag von morgens bis zum späten Nachmittag verbringt er auf dem Plaza Conquistador. Am Abend dann, wenn alles abgebaut ist, läuft er häufig noch durch die Straßen, schaut bei Freunden und Bekannten vorbei, um nach neuen Produkten für seinen Stand Ausschau zu halten. Hin und wieder, sagt er, komme es sogar vor, dass er bei der Konkurrenz einkaufe. „Aber nur, wenn ich einen Film oder ein Album unbedingt haben muss, um für mein Geschäft zu werben. Wenn man erfolgreich sein will, muss man schließlich immer das Neueste im Angebot haben.“

Besser als für Oscar läuft es schon für Joana und Gabriel, ein junges Paar, das fünfzig Meter weiter ebenfalls allerlei Kleinkram verkauft. „Venga, venga aqui!“ - Kommt her! - ruft Joana, die vor einem Jahr noch als Krankenschwester arbeitete, laut und grell in die Menge der Passanten und Touristen hinein. Sie und ihr Ehemann Gabriel, bis vor Kurzem noch Optiker, haben sich auf Haushaltswaren spezialisiert. Töpfe, Pfannen, Mixer, Besteck, sogar ein alter Kühlschrank – sie haben fast alles. „Das Geschäft läuft gut. Wir verdienen jetzt schon genauso viel, wie in unseren alten Jobs, und es dürfte in Zukunft noch besser werden.“ Das Paar ist stolz darauf, selbstständig zu sein, doch dies hat auch seinen Preis. „Leider müssen wir von unserem Gewinn nun jeden Monat etwa 40 Pesos an Steuern abgeben – und zwar völlig unabhängig davon, ob die Geschäfte gerade gut oder schlecht laufen. Das kann einen ganz schön unter Druck setzen“, sagt Gabriel. Mit diesem Druck sind die beiden nicht allein. Wenn man wie ich als vermeintlicher Tourist an den Ständen vorbeiläuft und einem dabei von allen Seiten am Hemdsärmel gezogen wird, damit man irgendetwas kauft, dann bekommt man schnell einen Eindruck, wie groß die Not der Leute ist, Geld zu machen.

An einem anderen Tag in der Nähe der berühmten Plaza de la Revolución sehe ich jedoch auch, wie schnell viele Kubaner sich mit der neuen Situation arrangieren und versuchen, das Beste daraus zu machen. Unter einer Schnellstraße, wo vier Buslinien halten und somit viele Menschen ein- und aussteigen, haben sich schon mehrere Dutzend selbstständiger Anbieter in kleinen Geschäften niedergelassen, die offenbar allesamt gut laufen. Es gibt zwei Schuster, einen Schneider, einen Eisverkäufer, vier Tabak-Shops, drei Kosmetiksalons, Obstgeschäfte und einen Uhrmacher namens Chépe, der, auf die Reformen angesprochen, sogleich die Regierung lobt: „Die Maßnahmen waren goldrichtig, denn die neue Selbstständigkeit und vor allem die Vielfalt der Anbieter erweitern für alle Kubaner das Angebot. Wer sich heute einen CD-Player kaufen will, der kann sich einen CD-Player kaufen, und zwar ohne den Staat dafür um Erlaubnis fragen zu müssen. Genauso kann

ich jetzt meine Uhren verkaufen und damit so viel verdienen, wie ich will, solange ich nur regelmäßig meine Steuern zahle. Das ist genau das, worauf wir Kubaner schon so lange gewartet haben!“ Chépe, der ein paar Tage zuvor 65 Jahre alt geworden und somit ein echtes Urgestein der Revolution ist, bezeichnet sich selbst als Raúlista. So nennen sich auf der Insel die bedingungslosen Anhänger und Unterstützer des Präsidenten. Chépes Geschäft mit der Reparatur von Uhren brummt. Er habe schon seit Jahren gewusst, dass Raúl Castro mehr von Wirtschaft verstehe als sein älterer Bruder Fidel, sagt Chépe. „Und es war klar, dass irgendwann der Zeitpunkt kommt, an dem er uns kleinen Leuten das Vertrauen schenkt und uns machen lässt.“

Befürwortet wird die neue Selbstständigkeit auch von Chépes Bruder Andreo, der während unseres Gesprächs plötzlich mit einem blau lackierten Oldtimer vorfährt. Der Wagen, Baujahr 1952, scheint sein ganzer Stolz zu sein, aber mehr noch ist er seine ganze Lebensgrundlage. Andreo, ein 60-jähriger Mann mit grau meliertem Schnauzer, ist schon sein halbes Leben lang Taxifahrer. Was sich für ihn durch die Reformen verändert habe? „Ganz einfach“, sagt Andreo: „Ich kann jetzt fahren, wen ich will.“ Früher, als er noch ganz im Dienste des Staates auf den Straßen war, durfte Andreo nach Vorschrift nur Einheimische fahren. Und da diese für gewöhnlich mit der Moneda Nacional bezahlten, sprang selten wirklich etwas dabei heraus. Gelohnt habe sich das Geschäft nur dann, wenn er illegal Touristen mitnahm, die seine Rechnungen mit dem Peso Convertible beglichen. Doch das war gefährlich, als die Polizei noch allgegenwärtig war und an jeder Straßenecke ein Staatsbeamter in Zivil lauern konnte. „Das mit den Touristen habe ich mich deshalb meistens nur nachts getraut, weil ich mit der Lizenz ständig auch meine Lebensgrundlage hätte verlieren können“, erzählt Andreo. Heute dagegen, da der Staat auch viele Polizisten aus dem Staatsdienst entlassen habe und somit die Augen der Regierung nicht mehr überall seien, sei diese Angst nicht mehr so groß. Und er macht sich Hoffnungen, bald sogar ganz legal Touristen chauffieren zu können. „Ich habe gehört, sie wollen uns Selbstständige bei ordentlich bezahlten Steuern jetzt auch selbst entscheiden lassen, wen wir fahren. Das ist nur fair und für Taxifahrer wie mich eine große Chance!“ Andreo träumt sogar schon von seinem eigenen Betrieb und mehreren Angestellten. „Wenn es sehr gut läuft, kann das Geschäft wachsen und ich muss eines Tages nicht mehr selbst hinterm Steuer sitzen, sondern kann andere für mich arbeiten lassen und noch mehr Geld verdienen.“ Ich muss ein wenig schmunzeln. Ob dieser Gedanke nicht ziemlich kapitalistisch sei, will ich vorsichtig wissen? „Vielleicht“, sagt Andreo, „aber jeder müsse doch sehen, wo er bleibt.“ Und, natürlich: „La vida no es facil“ - das Leben ist nicht leicht.

Es darf nicht verwundern, dass Andreo und sein Bruder Chépe Raulistas sind. Schließlich gehören beide bislang zu den Gewinnern der Wirtschaftsreformen. Welch paradoxe Auswirkungen diese Reformen innerhalb der kubanischen Gesellschaft jedoch zum Teil haben, wird klar, als sie mir ihren Schwager José vorstellen, der alles andere als begeistert vom derzeitigen Wandel auf Kuba ist. José erzählt, dass er gemeinsam mit seiner Frau gerne ein Hostal, also eine Unterkunft für Rucksackreisende in Havanna, eröffnen würde, was der Staat ihm aber verbiete. Das Problem: Im Gegensatz zu Andreo und Chépe sind José und seine Frau Juristen und damit Akademiker. Obwohl es auch diesen heutzutage nicht leicht fällt, einen Job zu bekommen, dürfen sie sich jedoch nicht selbstständig machen oder in andere, besser bezahlte Berufe wechseln. „Ich gönne Andreo und Chépe, das sie Erfolg haben und ab jetzt besser verdienen, aber was ist mit uns?“, beklagt sich José. „Wie kann es sein, dass selbstständige Handwerker von nun an mehr verdienen als jeder Arzt, Professor oder Jurist? Wie kann es sein, dass die Leute dafür bestraft werden, dass sie gut ausgebildet sind? Ein solches System kann unmöglich funktionieren.“

Ich sammle überwiegend positive Eindrücke in den Straßen, viele der Kleinunternehmer umgibt eine Art Aufbruchsstimmung, doch Josés Worte hallen mir noch lange nach. Dass sich Akademiker nicht selbstständig niederlassen dürfen, sondern weiterhin an den Staat und damit auch an eine auf ein Minimum gedrosselte Entlohnung gebunden sind, kritisiert auch der kubanische Wirtschaftswissenschaftler Pavel Vidal, wie ich ein paar Tage später in der Tageszeitung *La Juventud* lese. Vidal, Professor an der Universität von Havanna, fordert eine Ausweitung der Geschäftslizenzen auf noch mehr als jene 178 Berufe, die bereits als selbstständige Berufe gelistet sind, und weist zugleich auf weitere Reformmängel hin. „Das gegenwärtige Hauptproblem ist, dass wir bislang nur den Konsum und nicht die Produktion angehoben haben“, heißt es in dem Artikel. Da die meisten der entlassenen Staatsdiener sich entweder im Einzelhandel als Straßenverkäufer oder aber als Dienstleister (wie beispielsweise Taxifahrer oder Friseur) selbstständig machten, hätten die Reformen zwangsläufig noch nicht die gewünschten Effekte für die Industrie und Wirtschaft gebracht. In die gleiche Kerbe schlägt bei unserem Treffen auch Oscar Villanueva, der als Ökonom am gleichen Institut wie Vidal arbeitet. „Kleinunternehmen, die tatsächlich etwas produzieren, sind bisher vergleichsweise wenig gegründet worden“, sagt er. „Womöglich, weil das Risiko eines solchen Unternehmens für die meisten Leute zu groß ist und der Großteil der Kubaner ohnehin sehen muss, wie man auf schnellstem Wege ein paar Pesos macht.“ Villanueva ist deshalb der Meinung, der Staat müsse Selbstständigen in den Bereichen Bau- und Landwirt-

schaft noch größere Handlungsspielräume schaffen und unternehmerische Aktivitäten noch stärker fördern – etwa durch Kredite für Produktionsmaterial und Maschinen.

Tatsächlich sind fast alle der neuen Selbstständigen – egal ob Dienstleister oder Industrieunternehmer – durch den Mangel an Kapital erkennbar eingeschränkt in ihren Handlungsspielräumen. Die wenigsten können aus dem Nichts ein prosperierendes und zugleich produktives Unternehmen schaffen, und schon gar nicht, „wenn sie nichts besitzen, um den Motor zu befeuern“, wie Villanueva es ausdrückt. Zum jetzigen Zeitpunkt, erklärt er, müssten die meisten Betreiber von Kleinwerkstätten oder Fabriken ihre Materialien daher notgedrungen „links herum“ besorgen. Der Ausdruck „links herum“ ist auf Kuba gleichbedeutend mit illegal, und auf diese Weise versuchen sich viele der mittlerweile rund 400.000 Selbstständigen über Wasser zu halten. So gibt es heute in den Straßen von Havanna dieses Sprichwort: „Frag einen selbstständigen Kubaner, wo er die Sachen her hat, die er verkauft, und er wird sagen: Von Roberto.“ Kubas gängigster Vorname ist zum Synonym geworden für einen Händler, den es in Wirklichkeit nicht gibt.

Vidal und Villanueva wollen der Regierung gemeinsam mit anderen Ökonomen bis Mitte des Jahres Modelle vorlegen, wie Unternehmer in den Sektoren Bau- und Produktionswirtschaft in Zukunft noch stärker unterstützt werden können. Konkret geplant sind etwa gezieltere Subventionen für Großaufträge, aber auch Kooperationsmodelle, die an das im Sozialismus verbreitete Modell der Genossenschaften anknüpfen. Allerdings: Ähnliche Vorschläge gab es bereits. So sollten Kleinbetriebe der Produktionswirtschaft, die sich in Genossenschaften und Kooperativen zusammenschließen, eigentlich schon im Frühjahr 2012 partielle Steuerbefreiungen erfahren sowie erweiterte Kreditmöglichkeiten erhalten. Ein entsprechendes Gesetz ist heute, gut fünfzehn Monate später, jedoch noch immer nicht auf den Weg gebracht worden.

5.2 Das unbestellte Land

„Zurück aufs Land“ – so lautet die Devise der kubanischen Regierung. In der Parteizeitung *Granma* ließ Präsident Raúl Castro unlängst verkünden, man müsse Kuba wieder produktiv machen und dabei zuallererst bei der Landwirtschaft anfangen. Derzeit ist jedoch genau das Gegenteil der Fall, denn laut einer aktuellen Studie des Agrarministeriums werden auf Kuba von insgesamt 6,6 Millionen Hektar Agrarland derzeit gerade mal die Hälfte

bestellt. Ein Desaster für die Nahrungsmittelproduktion auf der Insel, denn seit Jahren steigen nicht nur die Mengen der Nahrungsmittel, die importiert werden müssen, sondern auch deren Preise auf dem Weltmarkt. Da diese seit sechs Jahren besonders dramatisch gestiegen sind, wuchsen Kubas Ausgaben für Nahrungsmittelimporte im gleichen Zeitraum um 53 Prozent – und jede weitere Preissteigerung trifft das Land empfindlich. Allein im letzten Jahr mussten Lebensmittel für 1,7 Milliarden US-Dollar importiert werden – mehr als ein Drittel davon ausgerechnet vom Klassenfeind, den USA. Wo der Rest herkommt, ist im Detail schwer zu klären, da die kubanischen Ministerien hierzu keine genauen Angaben machen. Nur die Hauptzulieferer einzelner Nahrungsmittelsparten werden genannt: Reis, Getreide, Mehl und Gebäck komme aus Vietnam und der Volksrepublik China, Butter aus Deutschland, Rindfleisch, Geflügel und Milch aus Argentinien und Ecuador. Der vielleicht absurdeste Import: Fruchtsäfte aus dem Iran. Da Teheran Kuba als Widersacher der USA und somit als internationalen Verbündeten im „Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus“ sieht, sind die Handelspreise zwar freundschaftlich niedrig – aber können sie überhaupt niedrig genug sein, damit sich der Saft-Import von Früchten aus dem Orient rentiert, die ohne Weiteres auch auf Kuba zu produzieren wären?

Diese Frage legt den Finger in die Wunde und macht vielleicht am ehesten deutlich, wo das große Problem der kubanischen Landwirtschaft liegt – sie verfügt eigentlich über alle nötigen natürlichen Ressourcen und sieht angesichts mangelnder Produktivität dennoch vor sich hin. Experten haben ausgerechnet, dass mittlerweile über 80 Prozent der Kalorien, welche 11,4 Millionen Kubaner täglich verzehren, von Nahrungsmitteln aus anderen Ländern stammen.

Für den kubanischen Agrarwissenschaftler Armando Nova, den ich an einem Nachmittag zum Hintergrundgespräch auf seinem eigenen Landstück in der südkubanischen Provinz Manzanillo treffe, ist diese Entwicklung nicht nur alarmierend, sondern auch vollkommen unnötig, da Kuba seiner Meinung nach eigentlich „wie kaum ein anderes Land in Mittelamerika mit Bodenschätzen gesegnet“ sei. Den Hauptgrund für die niedrige Produktivität sieht er in dem geringen Bezug, welchen die kubanischen Bauern zu dem Boden hätten, den sie im Auftrag des Staates bewirtschaften sollen. „Die meisten denken sich: Warum soll ich in die Bewirtschaftung von Land investieren, das mir sowieso nicht gehört oder eines Tages vom Staat wieder an sich gerissen wird?“ Die Zahlen geben Nova recht: Private Bauern, die selbstständig arbeiten, besitzen nur 40 Prozent der landesweiten Agrarflächen, produzieren aber mehr als 70 Prozent der auf Kuba angebauten Nah-

rungsmittel – sie sind also ungleich produktiver als Bauern, die nicht ihr eigenes Land, sondern das des Staates bewirtschaften.

Das hat nun offenbar auch die kubanische Regierung erkannt. Um die Effizienz zu steigern und produktive Anreize zu schaffen, erteilte sie landlosen Bauern im Zuge der sogenannten “dritten Landreform” 2011 die Erlaubnis, bis zu 13,43 Hektar vom Staat zur privatwirtschaftlichen Nutzung zu erwerben. Kleinbauern, die ihre Felder nachweislich bestellen, können ihre Anbaufläche später auf maximal 40,26 Hektar erweitern und erhalten dabei ein Landnutzungsrecht für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren. Ein cleverer Schachzug der Regierung: Denn durch die zeitlich begrenzte Verpachtung bleibt sie der sozialistischen Maxime treu, dass alles Land dem Staat gehört, ermöglicht aber gleichzeitig eine private und damit effizientere Bewirtschaftung der Agrarflächen. Nationalen Bauernverbänden und Genossenschaften ist es von nun an außerdem erlaubt, ihre Produkte direkt in der wichtigen Tourismusindustrie zu vermarkten, was deutlich bessere Absätze verspricht. Mit diesen Maßnahmen, Kreditprogrammen und der Einrichtung von Geschäften für Agrarinputs, also Pflanzenschutz- und Düngemittel, Saatgut, landwirtschaftliche Maschinen und Technologie, hoffen die Regierungsexperten, den Agrarsektor nach Jahren des latenten Verfalls endlich wieder auf Kurs zu bringen. Ob diese Maßnahmen langfristig greifen werden, dürfte sich laut Nova aber erst in den kommenden Jahren zeigen. Für einen strukturellen Umbau der Agrarstruktur und nachhaltigen Landbau wären 15-20 Jahre nötig, schätzt er. „In Havanna denkt man aber gar nicht so langfristig. Dort geht es den meisten Menschen schon jetzt vor allem darum, schnell mehr Essen auf den Tisch zu bekommen.“ Immerhin: Die partielle Privatisierung im Agrarbereich scheint tendenziell schon jetzt Früchte zu tragen – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes: Seit der Landreform im Jahr 2011 konnte die Produktion von Agrarprodukten wie Bohnen, Zucker und Kaffee gesteigert werden, wie es in einem ersten Bericht des Landwirtschaftsministeriums vom Januar 2013 heißt. Die Versorgungssituation mit Grundnahrungsmitteln sei diesem zufolge „im Begriff, sich auf der gesamten Insel zu entspannen“.

Trotz dieser vielversprechenden Signale, ist es jedoch gerade die Zuckerproduktion, die zum Sinnbild für den Verfall der kubanischen Landwirtschaft geworden ist. In den siebziger und achtziger Jahren produzierten die Bauern auf Kuba durchschnittlich sieben Millionen Tonnen Zucker pro Jahr, in den neunziger Jahren sank die Produktion dagegen auf nur noch vier Millionen und heute ist der Ernteertrag bei vergleichbar mageren zwei Millionen angekommen. Wie Nova erklärt, hänge auch dies noch immer eng mit

dem Zusammenbruch der Sowjetunion zusammen: „Wir produzieren heute auch deshalb weniger, weil uns der Markt für die Produkte fehlt. Für tropische Früchte und besonders für Zucker war die Sowjetunion über Jahrzehnte unser Hauptabnehmer – bis es diesen dann plötzlich nicht mehr gab.“ Seit 1990 hätten von damals 164 Zuckerfabriken mehr als 80 geschlossen und 130.000 Beschäftigte ihren Job verloren. Auch die Kaffee-Ernte, Kubas zweitwichtigster Agrarfaktor, fiel in den letzten Jahren katastrophal und teilweise historisch schlecht aus. Seit 2001 hat Kuba seine Anbaufläche auf Plantagen um mehr als die Hälfte reduziert. Im gleichen Zeitraum ging auch die Nachfrage nach anderen traditionellen Exportprodukten wie Meeresfrüchten, Rum und Tabak zurück, sodass die Ausgaben für Importe mittlerweile die Einnahmen durch Exporte übersteigen. Ökonomen des kubanischen Landwirtschaftsministeriums haben errechnet, dass das Land in den vergangenen zehn Jahren allein aufgrund der Preisentwicklung an den Weltmärkten Einbußen von umgerechnet mehr als neun Milliarden Euro zu verkraften habe.

5.3 Wachstum der Genossenschaften

Angesichts solch gravierender Kosten für Nahrungsmittel – und auch angesichts der in Zukunft fraglichen Unterstützung aus Venezuela – stellt die Landwirtschaft den womöglich wichtigsten und dringendsten Faktor im Rahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen dar. So hat die Regierung in diesem Sektor auch bereits Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, die im Einzelhandel oder Dienstleistungssektor noch auf sich warten lassen. Auf dem siebten Parteitag im Januar 2012 verabschiedete das Parlament sogenannte *lineamentos básicos* – grundlegende Leitlinien – für die Umgestaltung des Agrarsektors.

Nutznieser dieser neuen Leitlinien sind vor allem die neu ins Leben gerufenen *Unidades Básicas de Producción Cooperativa (UBPC)*, also private Bauern und Kleinbetriebe, die sich zu genossenschaftlichen Kooperativen zusammenschließen und über diese sogar den Großteil ihrer Ernte veräußern. Während die traditionellen Genossenschaften auf Kuba bislang eher abhängige Zulieferer der großen Staatsbetriebe waren, dürfen jene meist über rund 600 Hektar Agrarfläche verfügenden Kooperativen von nun an unabhängig über ihre Budgetverwaltung, Produktionsquoten sowie teilweise auch über die Wahl von Handelspartnern entscheiden. Dadurch soll vor allem eine Trennung zwischen den Staats- und Betriebsfunktionen geschaffen werden, um die privatwirtschaftlichen Anreize und damit auch die

produktive Effizienz der Bauern zu erhöhen. Weiterhin wurden zu diesem Zwecke auch Verordnungen zur Dezentralisierung der Produktion erlassen, sodass durch zunehmende Selbstverwaltung Entscheidungsprozesse auf die regionale und lokale Ebene verlagert werden sollen. Daneben gesteht die Regierung den neuen Kooperativen (UBPCs) künftig nicht nur signifikante Steuervorteile (Abgaben nur bei hohen Überschüssen), sondern auch mehr Autonomie beim Aushandeln der Bedingungen mit staatlichen Zulieferern zu, und räumt ihnen das Recht ein, mit Überschüssen, welche die mit dem Staat vereinbarten Quoten überschreiten, frei auf dem Markt zu handeln.

Wie überfällig diese neuen Verordnungen sind, wird mir während eines Aufenthalts in der Region Pinar del Río bewusst. Der von saftigem Grün und endlosen Feldern geprägte Landstrich im Westen der Insel, keine zwei Autostunden von Havanna entfernt, gilt als beliebtes Ausflugsziel für Touristen und Naturliebhaber, ist aber vor allem Heimat tausender traditioneller Landarbeiter und Kleinbauern. Auf einem Hof treffe ich Manuel Ranjón, einen 50-jährigen Bauern, der genau wie schon seine Vorfahren Ackerbau und eine kleine Milchfarm betreibt. 30 Jahre lang bewirtschaftete Ranjón das Land für den Staat. Jetzt aber hat er Selbiges (und zwar die doppelte Fläche) zusammen mit zwei weiteren Kleinbauern gepachtet. Das eröffnet neue Freiheiten: Sie bauen nicht mehr an, was die Regierung in Havanna vorschreibt, sondern das, was ihrem eigenen Know-how zufolge auf dem Boden am besten gedeiht und den größten Gewinn abwirft (zurzeit sei das eine neue Zuckerrohr-Sorte). Und sie veräußern die Ernte als Klein-Kooperative auf eigene Faust – an wen sie wollen. Ich frage Ranjón, ob sich das insgesamt rechnet – schließlich müssten in diesem Fall ja auch Transportwege und dergleichen eigenständig bezahlt werden, aber Ranjón winkt sofort ab. Er ist hochzufrieden: „Wir produzieren mehr, wir ernten mehr, wir verkaufen mehr. Niemand hier will die Regierung kritisieren, aber es macht eben Sinn, dass die, die das Land bewirtschaften sollen, auch entscheiden, wie das gemacht wird. Wir kennen das Land hier seit einer Handvoll Generationen, bei uns ist das Land in den besten Händen.“ Ranjón ist bei Weitem nicht der Einzige, der so denkt. Ich kann fahren, wohin ich will, alle kubanischen Landwirte und genossenschaftlichen Kooperativen, die ich während der Recherche auch in anderen Regionen treffe, begrüßen die Reform des Agrarsektors und scheinen insbesondere von der Landpachtung sowie dem weitgehend autonomen Verkauf der Ernteerträge zu profitieren. Inwieweit sich das angeschobene Genossenschaftsmodell jedoch langfristig tragen wird und ob es der gesamten Landwirtschaft dauerhaft zum Aufschwung verhelfen kann, das dürfte sich wohl erst dann zeigen, wenn die steuerlichen Vorteile, die landwirtschaftliche Kleinunternehmer zum Beispiel gegenüber selbststän-

digen Dienstleistern in den Städten genießen, aufgehoben werden. Nach Einschätzung des Agrarökonomen Armando Nova hätten viele Kleinbauern ihren momentanen Erfolg auch diesem Wettbewerbsvorteil zu verdanken. Solange die Bauern aber nicht denselben Steuersatz zahlten, sagt er, könne Kubas Gesamtwirtschaft sowie der Staatshaushalt kaum vom Aufschwung auf dem Land profitieren.

6. Zwischen Goldgräberstimmung und Verzweiflung

Es gibt sie schon jetzt, die Profiteure der Reformen, und wer glaubt, nur obere Parteikader würden dazugehören, der liegt falsch. Angefangen beim kleinen Taxifahrer oder Straßenverkäufer mit Fantasie und Geschäftssinn bis hin zum selbstständigen Malermeister, der seinen eigenen Betrieb leiten und vergrößern kann, gibt es Tausende Kubaner, die froh und dankbar über die ungeahnten Chancen sprechen, welche ihnen der Staat durch die Legalisierung der Privatwirtschaft ermöglicht. Der Ökonom Villanueva formuliert es so: „Die Leute wissen die neuen Freiheiten zu schätzen. Jeder, der heute eine gute Idee hat, kann morgen ein besseres Leben haben. Es herrscht deshalb eine Art Goldgräberstimmung.“ Ungeachtet dessen, das der vom kubanischen Staat angestellte Wissenschaftler mit diesen Sätzen im Kern nichts anderes als die Grundidee des Kapitalismus beschreibt, stimmt diese Feststellung nur zum Teil. Denn tatsächlich scheint es auf Kuba derzeit mindestens ebenso viele Menschen zu geben, die darum kämpfen, auch ohne die Unterstützung des Staates den Kopf über Wasser zu halten und nicht unterzugehen. Wie groß die Verzweiflung bei einigen ist, lässt die im letzten Jahr rapide angestiegene Suizid-Rate in Havanna erahnen. Der Organisation Derechos Cubanos (kubanische Rechte) zufolge haben sich seit der Implementierung der Wirtschaftsreformen und den damit verbundenen Massenentlassungen genauso viele Kubaner das Leben genommen, wie in den gesamten fünf Jahren zuvor (wobei die Dunkelziffer in beiden Fällen deutlich höher liegen dürfte, da das Regime die Erfassung und Bekanntgabe solcher Zahlen schon immer zu vermeiden versucht). Erst vor Kurzem schnitten sich binnen einer Woche drei Frauen die Pulsadern auf – und zwar an keinem geringeren und weniger symbolträchtigen Ort als den weißen Treppen des Capitolio, dem Regierungsgebäude im Herzen der Hauptstadt und Amtssitz des Präsidenten. In der Tageszeitung Granma, Sprachrohr des Regimes, war daraufhin zu lesen, die Frauen hätten sich selbst getötet, um gegen das imperialistische Embargo der USA zu protestieren, heroische Selbstaufopferung im Namen der Revolution also. Doch in den Straßen erzählen sich die Leute längst etwas anderes. Die Regierung solle die Frauen im Stich gelassen und

nach dreißig Jahren im Dienst der Revolution einfach sich selbst überlassen haben, heißt es.

Was von beidem wahr ist oder nicht, spielt vielleicht gar keine Rolle. Denn allein, dass solche Vorwürfe gegen die Regierung das Stadtgespräch noch Wochen später bestimmen, zeigt, dass sich innerhalb der jahrzehntelangen auf Gleichheit getrimmten Bevölkerung durch die Reformen längst ein tiefer Graben gezogen hat – und zwar zwischen jenen, die von den neuen Freiheiten profitieren und den Präsidenten dafür rühmen, sowie dem anderen Teil, der sich vom Staat verraten fühlt und nicht weiß, wie er ohne dessen Hilfe überleben soll.

6.1 Steuern im Sozialismus

Steuern, wie wir sie kennen, waren im kubanischen Wirtschaftssystem seit mindestens 30 Jahren kaum bis gar nicht existent. Zwar wurde das Steuersystem nach der Revolution von 1959 nicht komplett abgeschafft, aber da Steuern aus Sicht der Revolutionäre um Fidel Castro als kapitalistisches Instrument galten, blieben im Sozialismus lange Zeit allenfalls Rudimente in Form genossenschaftlicher Abgaben davon übrig. Am 1. Oktober 2012 trat jedoch ein neues Steuergesetz in Kraft. Das Ley 113 (Gesetz Nr. 133) wurde im vergangenen Sommer vom Parlament verabschiedet und sieht in erster Linie vor, dass alle juristischen Personen – und damit auch alle Kleinunternehmer – ab diesem Jahr einen gewissen Betrag an Einkommenssteuer zahlen müssen. Allein Zusammenschlüsse landwirtschaftlicher Kleinbetriebe nach Form der UBPCs sowie selbstständige Unternehmer im Industriesektor sind teilweise davon befreit und genießen zumindest für die kommenden Jahre gewisse Steuervorteile, um das gesamtgesellschaftliche Wachstum zu stimulieren. So sind beispielsweise Kleinbauern und genossenschaftliche Kooperativen für die ersten sechs Monate nach ihrer Gründung komplett von Steuerabgaben befreit und bekommen zudem eine jährlich einmalige Steuerbefreiung, falls ihre Erträge die finanziellen Aufwendungen für die Produktion nicht um mindestens 36 Prozent übersteigen. Neben der klassischen Lohn- und Einkommenssteuer wurden weiterhin auch Steuerabgaben auf den Umsatz und erbrachte Dienstleistungen sowie auf Einnahmen aus Verpachtung oder Vermietung von Land und Immobilien eingeführt, was neuerdings legal ist.

Dem kubanischen Wirtschaftsministerium zufolge werden die neu eingeführten Steuern den Haushalt entscheidend entlasten und neue Handlungsspielräume für soziale Umverteilungsprogramme ermöglichen. Der Öko-

nom Villanueva sieht jedoch auch Gefahren und berichtet mir gegenüber, dass viele der neuen Kleinunternehmer die ungewohnte Steuerlast unterschätzen würden, obgleich ihre Kapitaldecke ohnehin schon dünn sei. Die Folge wäre, dass sich viele mit ihren Geschäftsvorhaben übernahmen und schnell wieder bankrottgingen. Eine für den Staat dennoch überraschende Statistik: Bereits im Januar, also zum ersten Einreichungstermin, gaben 87 Prozent der kubanischen Jungunternehmer zuverlässig und rechtzeitig die erste Steuerklärung ihres Lebens ab – Experten hatten im Vorfeld scheinbar mit gerade halb so vielen Erklärungen gerechnet. Dass es dennoch so viele geworden sind, dürfte meinen Recherchen nach mit einem Mann zu tun haben, der wie vielleicht kaum ein anderer Kubaner für den sozialen Aufstieg steht, den eine gute Geschäftsidee in der neuen Privatwirtschaft heute möglich macht. Alvaro Ajerez, der sein Büro an einer unscheinbaren Kreuzung in der Altstadt von Havanna hat, ist 51 Jahre alt und so etwas wie der erste echte Steuerberater auf der Insel.

Noch vor gut einem Jahr war Ajero Lehrer an einer Fahrschule, die sich nur ein paar Straßen weiter befand. Wie fast alle Kubaner wurde er vom Staat beschäftigt – um der sozialistischen Idee zu dienen, wie es in der Verfassung heißt – und wie die meisten seiner Landsleute schimpfte er dabei oft heimlich über den dürftigen Lohn, den die Regierung ihm zahlte, weil dieser kaum genug war, um sich und seine Familie damit zu ernähren. Als Ajero aber eines Morgens jenes Schreiben las, in dem man ihm mitteilte, er sei einer jener 400.000 Kubaner, die der Staat von nun an nicht mehr beschäftigen werde, weshalb er ab jetzt frei sei, eigenen Geschäfte nachzugehen, da zitterten seine Hände und es durchfuhr ihn ein Schrecken. Wie, so dachte er, solle man als Geschäftsmann ein genügendes Auskommen finden in einem System, in dem mehr als 50 Jahre lang jede Form von Privatgeschäften verboten war? Als selbstständiger Fahrlehrer konnte er nicht weiterarbeiten, dazu fehlte ihm die Lizenz. Drei Wochen, so erzählt mir Ajero in seinem Büro, habe er deshalb gegrübelt, auf welche Weise sich am besten Geld verdienen ließe. Dann, schließlich, sei er plötzlich auf diese Idee gekommen: Wenn in den nächsten Jahren rund eine Million Menschen, die es seit Jahrzehnten gewohnt sind, vom Staat alimentiert zu werden, nun plötzlich selbst den Staat alimentieren sollen, indem sie Steuern zahlen, dann braucht es jemanden, der ihnen zeigt, wie man das macht.

Heute gehört Ajero daher zu den gefragtesten Männern und erfolgreichsten Unternehmern der Stadt. Er hat seine eigene Beratungsfirma gegründet, Sekretärinnen und weitere Berater eingestellt, die sich täglich um etwa 120 Kunden kümmern, das Geschäft boomt – und alles nur, weil er eine Idee hat-

te, auf die sonst keiner gekommen ist. Fast genauso, könnte man denken, wie im Kapitalismus, den das Regime seit Jahrzehnten bekämpft.

6.2 Die Revolution verkauft ihre Kinder

In Havanna gab es sie schon immer: Die betagten Europäerinnen mit den Sonnenhüten, die mit einheimischen Jungen im Arm durch die Altstadt schlendern als wären sie Souvenirs. Und die dickbäuchigen Männer, die träge an den Tresen der Bars hocken und ihre verschwitzten Arme um die zarten Schultern kleiner Mädchen legen. In den neunziger Jahren galt Kuba als das Bangkok der Karibik. Prostitution war das einzige kapitalistische Gewerbe, das den Sozialismus unterwandern konnte. Zwar ließ die Regierung sie offiziell verbieten und stellte vor allem Sex mit Minderjährigen unter harte Strafen. Niemals, verkündete Fidel Castro damals, dürfe die Revolution ihre Kinder verkaufen.

Tatsächlich aber verdiente das Regime schon immer kräftig mit, wenn es die jineteras, die Reiterinnen, so werden Prostituierte auf Kuba genannt, gegen Schmiergeld in die Lobbys der Hotelketten ließ. Heute sind derartige Gefälligkeiten nicht mehr nötig. Kinder und Jugendliche, die bereit sind, für ein paar Pesos alles zu tun, stehen nur einen Steinwurf vom Regierungsgebäude entfernt an jeder Ecke und nicht nur Polizisten schauen zu – oft sind es sogar die eigenen Väter und Mütter, die scheinbar unberührt danebenstehen, wenn ihre Töchter versuchen, vorbeilaufende Touristen mit einem Zischen auf den Lippen und eindeutigen Gesten in die finsternen Hausflure zu locken. Die Prostitution bleibt offiziell verboten, aber in Wahrheit ist sie längst in der Mitte der kubanischen Gesellschaft angekommen. Vertreter der spanischen Menschenrechtsorganisation Derechos Cubanos, die illegal und daher weitgehend anonym über soziale Probleme auf Kuba berichten, erzählen mir bei einem Treffen in Havanna, wie sehr die Zahl der männlichen und weiblichen Prostituierten in Havanna in den letzten drei Jahren zugenommen habe.

Am Straßenstrich des Malecón, der berühmten Hafenpromenade Havannas, wo Ché Guevara einst die Revolution ausrief, treffen wir Rita, ein kleines, zierliches Mädchen mit bunten Ohrringen, das darauf wartet, ihren Körper an vorbeifahrende Männer zu verkaufen. Rita sagt zunächst, sie sei 19, gibt aber später zu, erst 17 zu sein. Auf ihrem weißen Top steht mit silberner Glitzerschrift Love, doch damit hat ihre Arbeit wenig zu tun. Es läuft immer gleich: Sie stellt sich schon ab Mittag zusammen mit einem Dutzend anderer

Frauen und Mädchen an den Straßenrand, um auf anhaltende Freier zu warten. Wenn ein Auto anhält und der Fahrer mit dem Finger auf sie zeigt, ist dies ihr Zeichen einzusteigen. Meist fahren die Männer dann mit ihr zu sich nach Hause oder auf den nächstgelegenen Parkplatz in den Außenbezirken, wie sie erzählt. Nach getaner Arbeit marschiert Rita den ganzen Weg wieder zu Fuß zurück, manchmal drei, manchmal fünf, manchmal acht Kilometer. Wenn sie Glück habe und der Freier ein Tourist sei, sagt sie, bekomme sie dafür 15 CUC, keine 10 Euro – ein trauriger, ein eigentlich unfassbarer Lohn und auf Kuba doch mehr als jeder vom Staat bezahlte Arzt oder Anwalt legal in einer Woche verdienen könnte.

Rita nimmt uns mit zu sich nach Hause. Sie wohnt nur einen Steinwurf vom Malecón entfernt, auf gerade mal 18 Quadratmetern in einem halb zerfallenen Steinhaus, das die Bezeichnung „Wohnung“ kaum mehr verdient. Der Putz bröckelt von den Wänden, es riecht nach Abwasser – Küche, Schlafzimmer, Bad und Toilette, Ritas Wohnung ist alles in einem. Bei ihren Eltern bleiben, das kann sie schon lange nicht mehr. „Die haben selbst nicht genug, um satt zu werden“, sagt Rita.

Seit wann sie auf den Strich gehe? Rita zuckt mit den schmalen Schultern. „Seitdem die Regierung mich nicht mehr braucht. Ich war gerade dabei, meine Ausbildung zur Kosmetikerin abzuschließen, als die Regierung die Stelle gestrichen hat. Ohne die abgeschlossene Ausbildung kann man sich aber nicht selbstständig machen. Deshalb muss ich sehen, dass auf einem anderen Weg Geld reinkommt.“ Wie nötig das Mädchen dieses Geld hat, wird uns traurig und erschreckend bewusst, als wir plötzlich Babygeschrei aus einem Hinterzimmer hören. Rita öffnet sofort die Tür und läuft zu dem Bett, auf dem ein Kleinkind liegt. Gerade mal vier Monate alt ist ihr Sohn Gabriel, von dem sie uns bis dahin gar nichts erzählt hat und der mit seinem feuerroten Haar überhaupt nicht ihr, sondern vielmehr einem der vielen Touristen ähnlich sieht.

Wie die Leute von Derechos Cubanos versichern, ist Rita nur eines von Hunderten Mädchen und gar tausender junger Frauen, welche die durch die Entlassungswelle ausgelöste finanzielle Not in die Prostitution getrieben hat. Und wie offenbar auch für Rita soll es für die meisten schon nach kurzer Zeit kein zurück mehr geben.

7. Resümee

Der Erfolg von Adolfo, dem Steuerberater, und die gleichzeitige Misere Ritas, es scheinen Welten zwischen diesen beiden Schicksalen zu liegen und doch könnte ihr Ursprung derselbe sein: Es ist der freie Wettbewerb, der eine kluge Idee wie die Adolfos honoriert, ohne Schranken, die seine Geschäfte behindern könnten. Aber auch ohne Auffangnetz für Rita, die schon allein aufgrund ihrer Lebensumstände vielleicht nie eine echte Chance hatte, in diesem Wettlauf um Wohlstand zu den Gewinnern zu zählen. Ist das gerecht? Was bedeutet Gleichheit? Was Freiheit? Und: Wiegt Freiheit mehr als Sicherheit? Verborgen hinter all den Mythen, mit denen Kuba seit jeher überfrachtet wird, können die Fragen, welche das Land seinen Besuchern stellt, einem heute mehr denn je Kopfzerbrechen bereiten. Gerade jetzt, da das System den größten Umbruch seit über 60 Jahren erlebt und das Regime eine Antwort darauf finden muss, wie es sein eigenes Überleben und das seiner Bürger sichern kann.

Einzelchicksale, wie die in diesem Bericht beschriebenen, können selten eine allumfassende Antwort darauf geben, ob ein Land und eine Gesellschaft auf dem richtigen Weg sind oder nicht. Aber sie können vielleicht am besten verdeutlichen, wo die gegenwärtigen Schwachstellen im Zahnrad der Reformen liegen. Folge ich meinen Erfahrungen, Beobachtungen und Feststellungen während dieser Recherche, so liegen diese vor allem in der katastrophalen und praktisch nicht vorhandenen sozialen Absicherung all jener, die nun plötzlich ohne geregelttes Einkommen dastehen und sich – unter ungewohnter Steuerlast und mangels jedweder Unterstützung durch den Staat – eine neue Existenz aufbauen müssen. Hier wurde der Sozialismus, der Gleichheit und Sicherheit propagiert, durch die Reformen gewissermaßen auf den Kopf gestellt, da nur die, die genügend Kapital oder gute Ideen haben, von der neuen Selbstständigkeit in der Privatwirtschaft profitieren können. Weitere Defizite sind ohne Frage das starre und wenig progressive neue Steuersystem, welches Selbstständige schon mit einem Grundbetrag zur Kasse bittet, ganz egal, ob sie etwas verdienen oder nicht, sowie auch die mangelnde Infrastruktur und Organisation des privatwirtschaftlichen Marktes, der einen Teil der Marktteilnehmer noch immer in der Schattenwirtschaft handeln lässt.

Demgegenüber lassen sich jedoch auch Erfolge der Reformen feststellen: Zu diesen gehört unzweifelhaft die Umstrukturierung des Agrarsektors, die insbesondere durch die Privatisierung von Land, aber auch durch die gezielte Förderung von Kooperativen und Genossenschaften, dazu beigetra-

gen hat, dass sich die Landwirtschaft erholt und Produktionsquoten wieder ansteigen. Das Resultat: Nach Erhebungen der Welternährungsorganisation (FAO) lag der eigenproduktive Anteil der wichtigsten Grundnahrungsmittel in den Jahren 2011 und 2012 deutlich höher als noch zwischen 2007 und 2010. Gesamtgesellschaftlich entlasten die vielen neuen Kleinunternehmer, seien es Bauern auf dem Land oder einfache Straßenverkäufer in der Stadt, außerdem bei Weitem nicht nur den klammen Haushalt – sie bringen durch Steuerzahlungen Geld in die Staatskassen, sorgen damit für neue Umverteilungsmittel für die schwächsten der Gesellschaft und tragen gleichzeitig dazu bei, das Angebot zu erweitern. Das von der Regierung anvisierte Wachstumsziel von 3,7 Prozent für das laufende Jahr lasse sich Experten zufolge zwar schon jetzt nicht mehr einhalten. Dennoch hielt Präsident Raúl Castro erst vor Kurzem eine viel beachtete Rede im kubanischen Fernsehen, in der er die Geschwindigkeit der Veränderungen in Kuba als „zufriedenstellend“ bezeichnete und gleichzeitig Geduld anmahnte, da der Reformprozess voraussichtlich erst 2015 abgeschlossen sei. Zu den wesentlichen Veränderungen und Herausforderungen für das kommende Jahr zählte er dabei weitere Reformierungen der Steuergesetze, die Bildung experimenteller Genossenschaften und sogar die Erprobung moderner Managementmethoden in den großen Staatsbetrieben. Daneben zeigte er auch Dialogbereitschaft im Hinblick auf die USA und die Aufhebung von weiteren und über Nahrungsmittel hinaus gehende Teile des Handelsembargos. All das unterliege dem Ziel der Errichtung einer „nachhaltigen und wohlhabenden sozialistischen Gesellschaft“, wie der Präsident sagte.

Dabei scheint meinen Eindrücken zufolge gar nicht so klar zu sein, ob die Mehrheit der Kubaner wirklich am Sozialismus festhalten will. Ohne Zweifel gibt es schon lange – und heute vielleicht mehr denn je – große Teile der Bevölkerung, die die Kontrolle des Staates Leid sind und sich mehr Freiheit und Autonomie wünschen. Hierzu zählen nicht nur die Betreiber kleiner Geschäfte, die durch die neuen Lizenzen und den gestiegenen Umsatz ihrer Läden Blut geleckt haben. Auch die allermeisten Akademiker, die hervorragend ausgebildet sind und damit in den meisten kapitalistischen Staaten dieser Welt zur wohlhabenden Oberschicht zählen würden, wünschen sich eine angemessenere, marktgerechtere Entlohnung und somit weniger sozialistische Umverteilung durch den Staat.

Trotzdem stellt sich die Frage: Was wäre momentan die konkrete Alternative? Die kubanischen, aber auch die ausländischen und somit unabhängigen Wirtschaftsexperten, mit denen ich in Havanna sprach, skizzierten mir gegenüber alle ein ähnliches Szenario im Falle eines Zusammenbruchs des

gegenwärtigen Systems – und fast deckungsgleich waren sie dabei der Meinung, Kuba würde beim Sturz des Regimes innerhalb kürzester Zeit ausländischen (und vor allem amerikanischen) Investoren und Großunternehmen anheimfallen, die das an freier Bildung und sozialer Absicherung orientierte Staatsmodell auf den Kopf stellen und eine Art großes, kapitalistisches Disneyland etablieren würden. Wie hin- und hergerissen viele Kubaner wohl auch aus diesem Grund der Regierung gegenüberstehen, das ist mir bei vielen Gesprächen immer wieder bewusst geworden, wenn Einheimische sagten: „Man kann über die Castros denken, was man will. Sie haben viele Fehler gemacht. Aber auf unsere Kosten bereichert haben sie sich nie.“

Dass das Land sich dennoch verändern muss, darüber sind sich nahezu alle Kubaner einig. Wer aber glaubt, es herrsche ebenso ein Konsens darüber, wie genau es in Zukunft aussehen soll, der irrt. Am letzten Abend meiner Recherche treffe ich in der Bar La Floridita, in welcher der Legende nach einst Hemingway den Daiquiri für sich entdeckte, den Dissidenten und Ökonomen Oscar Espinosa, 46, der an der holzvertäfelten Bar hockt und gedankenversunken in seinem ersten Drink seit 14 Monaten herumstochert. So lange hielt ihn das Regime in Haft, weil er es auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise gewagt hatte, im kubanischen Fernsehen auf die katastrophale Nahrungsmittelversorgung des Landes hinzuweisen und zu fragen, wie eine Bananenrepublik unfähig sein könne, wenigstens Bananen zu produzieren.

Er leugnet nicht, dass die Reformen genau hier angesetzt und bereits erste Erfolge geliefert haben. Und doch bebt Wut in Espinosas Stimme, wenn er über den Einzug des Kapitalismus in seiner Heimat spricht. „Das Land steht am Scheideweg und die Frage ist, was wir Kubaner in Zukunft wollen“, sagt er. „Den zügellosen Individualismus der Amerikaner, bei denen die Armen weder Bildung noch Medikamente bekommen? Das rastlose Wachstum der Chinesen, die gleichzeitig ihre Umwelt ruinieren? Den schwachen Staat der Mexikaner, die im Drogenkrieg versinken? Oder die Bankendiktatur von Euch Europäern, die Ihr Euer ganzes System kollabieren seht?“

Die Castros hätten keinen Plan, sagt er, und vor allem: Sie fänden keinen Mittelweg, keine prosperierende Marktwirtschaft, die gleichzeitig sozial sei. Vielleicht, sagt Espinosa also, nickt in Richtung des Viva la Revolución-Plakats hinter der Bar und leert mit einem letzten, großen Schluck seinen Mojito, „vielleicht werden wir uns eines Tages noch das alte Kuba zurückwünschen.“ Das Kuba, in dem jeder gleich und niemand frei gewesen ist.

8. Zur Arbeit: Recherchieren in der Diktatur

Es ist bekannt, dass Journalisten, Blogger und politische Aktivisten auf Kuba gefährlich leben. Die, die ich vor Ort getroffen habe und deren Namen in diesem Bericht teilweise gar nicht vorkommen sollen, sagten mir, dass sie in einem Klima ständiger Angst arbeiteten. So offen und freundlich sich das Land auch gegenüber Touristen zeigt – Kuba ist und bleibt eine Diktatur. Wer das Regime attackiert oder sich öffentlich kritisch über die Situation im Land äußert, der muss befürchten, zensiert, schikaniert oder sogar verhaftet zu werden. Das gilt sowohl für Einheimische als auch für Ausländer. Vor allem aber für Journalisten.

Dem von Reporter ohne Grenzen und Amnesty International im Januar 2013 vorgestellten Bericht „Restrictions on Freedom of Expression in Cuba“ zufolge rangiert der Inselstaat in Sachen Pressefreiheit auf Platz 171 von weltweit insgesamt 179 gelisteten Staaten – genau einen Platz hinter dem Sudan und einen Platz vor dem Iran. Sämtliche Zeitungen, TV- und Radiosender sowie das Internet stehen auf Kuba unter staatlicher Kontrolle. Dazu kommen verschiedene Gesetze und Bestimmungen, mit denen das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einschränkt werden, wobei einige Gesetze so vage formuliert sind, dass fast jede abweichende Meinung als kriminelle Handlung interpretiert werden kann. Auf diese Weise können sich Polizei und Justiz bei der Verfolgung von Journalisten stets auf die kubanische Verfassung berufen und Bürgerrechte außer Kraft setzen, sobald sie „die Ziele des sozialistischen Staates gefährdet“ sehen.

Ich persönlich habe derlei Bedrohungen und Schikanen während meiner Recherche jedoch nicht erlebt. Vorgekommen ist allein häufiger, dass Leute, mit denen ich mich in Bars oder auf der Straße eben noch unterhielt, mitten im Gespräch plötzlich nervös um sich blickten und von einem Moment auf den anderen verschwanden, weil es den meisten Einheimischen untersagt ist, mit Ausländern über den Staat zu sprechen. Wenn ich mich daraufhin selbst umblickte, war in der Regel irgendwo ein Polizist in der Nähe. Viel direkter bin ich jedoch nicht mit der Staatsmacht in Konflikt geraten – auch deshalb, weil ich vor meiner Einreise ein Touristenvisum beantragt und mich somit nicht offiziell als Journalist zu erkennen gegeben habe. Auch hierbei braucht man allerdings Glück: So berichteten mir zwei italienische Journalisten, die ich zufällig in Havanna getroffen habe und die ebenfalls ohne Journalistenvisum eine TV-Reportage über die Schattenwirtschaft auf Kuba drehen wollten, dass eines Morgens ihre Hoteltür aufgebrochen wurde und

bewaffnete Polizeibeamte ins Zimmer traten, um sie zu verhaften und ihr Material zu beschlagnahmen. Da das Regime kein Interesse an diplomatischen Konflikten hat, waren die beiden nach ausgiebigen Verhören zwar 24 Stunden später wieder auf freiem Fuß. Dennoch zeigt allein dieser Vorfall, wie es um die Meinungsfreiheit und die Arbeit von Journalisten auf Kuba bestellt ist.

9. Danksagung

Für die Ermöglichung dieser Recherche bedanke ich mich bei der gesamten Heinz-Kühn-Stiftung – dem Kuratorium, der dieses Thema ausgewählt hat, sowie ausdrücklich bei Ute Maria Kilian, die als Betreuerin vor und während der Rechercheplanung zu jeder Zeit hilfsbereit und kompetent mit Rat und Tat zur Seite stand. Weiterer Dank gebührt Naima Diraoui, Vincent Opoku und Martín Vazquez, die allesamt entscheidend dabei geholfen haben, einen Teil der Gesprächspartner vor Ort zu finden und zu treffen, und ohne die die vorliegende Recherche nicht in dieser Form durchführbar gewesen wäre.